

**Einwohnerratssitzung 2005/2006
Protokoll Nr. 4**

Sitzungsdatum **Donnerstag, 15. Dezember 2005**
Sitzungszeit 16:00 Uhr – 18:55 Uhr
Ort Pilatus-Saal, Luzernerstrasse 15, Kriens

Protokoll Yvonne Rössli
Direktwahl 041 329 63 09

16. Dezember 2005 ry

Anwesend

Präsident Thalmann Robert

Einwohnerrat 28 Mitglieder

Gemeinderat 5 Mitglieder

Gemeindeschreiber Lang Robert

Protokoll Renggli Alexandra
Rössli Yvonne

Entschuldigt

Einwohnerrat Bolzern Leo

Traktanden

- | | | | |
|-----|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------|-----------|
| 1. | <u>Mitteilungen</u> | | Seite 147 |
| 2. | <u>Protokoll Nr. 2</u> vom 03. November 2005 | | Seite 148 |
| 3. | <u>Postulat Camenisch und Mitunterzeichnende: „Wirtschaftsförderung“ Kriens</u>
<i>Antrag Gemeinderat: Entgegennahme & abschreiben</i> | Nr. 052/05 | Seite 149 |
| 4. | <u>Motion Lanz und Mitunterzeichnende: Lückenlose Realisierung des Radroutenkonzeptes in der Gemeinde Kriens</u>
<i>Antrag Gemeinderat: teilweise Entgegennahme</i> | Nr. 053/05 | Seite 154 |
| 5. | <u>Postulat Stutz namens der JCVP: Für einen Aktionstag im öffentlichen Verkehr</u>
<i>Antrag Gemeinderat: Entgegennahme</i> | Nr. 061/05 | Seite 157 |
| 6. | <u>Dringliches Postulat Koch: Für kulturelle und politische Vielfalt in der Gemeinde Kriens</u>
<i>Antrag Gemeinderat: Ablehnung</i> | Nr. 090/05 | Seite 160 |
| 7. | <u>Motion Hadorn und MitunterzeichnerInnen: Umsetzung der Leitsätze und Massnahmen des Integrationsleitbildes des Kantons Luzern</u>
<i>Antrag Gemeinderat: Entgegennahme als Postulat</i> | Nr. 041/05 | Seite 167 |
| 8. | <u>Interpellation B. Bienz und Mitunterzeichnende: Kostentransparenz in Sport- und Jugendförderung</u>
wurde aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 058/05 | Seite 173 |
| 9. | <u>Interpellation Hager namens der SVP Fraktion: Verwahrloste und bettelnde Strassenmusikanten aus Osteuropa</u>
wurde aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 065/05 | Seite 174 |
| 10. | <u>Motion Heiz und Mitunterzeichnende: Effizientere Behandlung von Motionen, Postulaten und Petitionen</u>
wurde aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 066/05 | Seite 174 |
| 11. | <u>Fragestunde</u>
wurde aus Zeitgründen abtraktandiert | | Seite 174 |

Neueingänge

- Nr. 087/05 Bericht und Antrag: Pendenzenverzeichnis der Einwohnerratsgeschäfte (parlamentarische Interventionsinstrumente)
- Nr. 088/05 Interpellation Bättig und Mitunterzeichnende: Ist die Sicherheit der KrienserrInnen gewährleistet?
Eingang: 07.12.2005 / USD
- Nr. 089/05 Dringliche Motion SGK: Zukunftskonferenz - Patronat durch den Gemeinderat Kriens
Eingang: 07.12.2005 / SD
- Nr. 090/05 Dringliches Postulat Koch: Für kulturelle und politische Vielfalt in der Gemeinde Kriens
Eingang: 09.12.2005 / PD

1. Mitteilungen

Einwohnerratspräsident Robert Thalmann begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Einwohnerratssitzung - besonders die ZuschauerInnen auf der Tribüne und Roman Hodel von der Neuen Luzerner Zeitung.

Leo Bolzern musste sich krankheitshalber für die heutige Sitzung entschuldigen.

Konrad Beutler wird aus privaten und beruflichen Gründen auf den 30. Juni 2006 aus dem Einwohnerrat zurücktreten.

Weiter weist der Sprecher darauf hin, dass die Sitzung um 18:30 Uhr beendet sein sollte, da um 19:00 Uhr das traditionelle Jahresabschlussessen im Schloss Schauensee stattfindet.

Helene Meyer-Jenni teilt mit, dass im Fall „Bläsihoger“ eine Strafanzeige eingereicht wurde und der Amtsstatthalter gegen den Gemeinderat Kriens eine Strafuntersuchung eingeleitet hat. Der Einwohnerrat wird diesbezüglich „auf dem Laufenden“ gehalten.

Nachdem zwei dringliche Vorstösse eingereicht wurden, bittet Robert Thalmann die Motionärin bzw. den Postulanten, die Dringlichkeit zu begründen.

Dringliche Motion SGK: Zukunftskonferenz – Patronat durch den Gemeinderat Kriens (Nr. 089/05)

Gemäss Susanne Lanz, Präsidentin SGK, kommt nächstes Jahr der NFA (Neugestaltung des Finanzausgleiches und der Aufgabenteilung) auf Gemeindeebene zum Tragen. Gleichzeitig wird die Krienser Gemeindeordnung überarbeitet. Dadurch kommen starke und ständige gesetzliche Veränderungen zum Tragen. Es ist deshalb sehr wichtig, dass zeitgleich über Optimierungs- und evtl. Änderungsmöglichkeiten innerhalb des Sozial- und Gesundheitswesens der Gemeinde Kriens konstruktiv diskutiert und nach Lösungen gesucht werden kann.

Stefan Meyer opponiert der Dringlichkeit. Es ist eine Kernaufgabe, welche von allen Verantwortlichen getragen werden muss. Er ist nicht der gleichen Auffassung wie die Motionärin.

Auch Matthias Senn namens der FDP-Fraktion ist gegen die Dringlichkeit dieses Vorstosses. Es ist kein Kriterium für die Dringlichkeit gegeben.

Für Räto Camenisch soll es keine „Hau-Ruck-Übung“ sein. Auch die SVP opponiert der Dringlichkeit.

Abstimmung

Mit 14:11 Stimmen wird die Dringlichkeit der Motion abgelehnt.

Dringliches Postulat Koch: Für kulturelle und politische Vielfalt in der Gemeinde Kriens

Für Patrick Koch ist die Dringlichkeit seines Postulates gegeben, da die Gemeinde Kriens als Herausgeberin von Kriens Info und die Verlagsleitung der Brunner AG beabsichtigen, die bis anhin kostenlosen, redaktionellen Artikel von Vereinen und Parteien bereits ab Januar 2006 massiv zu kürzen bzw. mit einer Kostenpflicht zu belegen.

Franz Baumann opponiert der Dringlichkeit. Der Vorstoss soll in die normale „Warteschlaufe“ kommen. In spätestens 6 Monaten hat man somit auch die ersten Erfahrungen, ob die Parteien und Vereine mehr als 600 Zeichen für ihren Text benötigen. Die Zeilenbeschränkung soll den entsprechenden Medienverantwortlichen das Training ermöglichen, sich auf das Wesentliche zu beschränken.

Abstimmung

Mit 14:12 Stimmen wird das Postulat als dringlich erklärt.

Robert Thalmann schlägt vor, diesen Vorstoss als neues Traktandum 6 zu behandeln. Der Einwohnerrat ist mit diesem Vorgehen einverstanden und akzeptiert die neue Traktandenliste.

2. Protokoll Nr. 2 vom 03. November 2005

Der Vorsitzende stellt fest, dass bei der Gemeindekanzlei keine Änderungsanträge eingegangen sind. Das Protokoll Nr. 2 vom 03. November 2005 gilt somit als genehmigt und wird den Protokollführerinnen verdankt.

3. Postulat Camenisch und Mitunterzeichnende: „Wirtschaftsförderung“ Kriens Nr. 052/05

Räto Camenisch hat das Postulat eingereicht, weil nach der Abstimmung zum Fahrtenmodell ein „unguter Geschmack“ aufgekommen ist. Der Gemeinderat Kriens hat sich für das Fahrtenmodell eingesetzt, obwohl sich die regionale Wirtschaftsförderung des Kantons Luzern, der kantonale Gewerbeverband und Luzern Tourismus dagegen ausgesprochen haben.

Die SVP ist der Auffassung, dass die Wirtschaftsförderung hinterfragt werden muss: Braucht es eine Wirtschaftsförderung? Wie hoch ist das Pensum? Was macht die Wirtschaftsförderung genau? Wie legt sie Rechenschaft ab? Wie hoch ist die Erfolgsquote? Der Gemeinderat soll diese Fragen überprüfen bzw. dazu Stellung nehmen. Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen, will es aber gleichzeitig abschreiben. Das akzeptiert der Sprecher jedoch nicht. Er will die Rolle der Wirtschaftsförderung wissen. Es geht hier nicht um Kritik und ein „Köpferollen“, sondern lediglich um eine Überprüfung.

Gemäss Bruno Peter ist der Inhalt des vorliegenden Postulates in 3 Abschnitte gegliedert bzw. wirft drei grundsätzliche Fragen auf:

1. Von einer Wirtschaftsförderung wird zu Recht erwartet, dass sie bei interessierten Ansiedlern den Standort Kriens überzeugend vertritt und die bestehenden Unternehmen in ihren Interessen und Problemen unterstützt und betreut.

Frage: Welches Engagement der Wirtschaftsförderung Kriens besteht im Rahmen der Ansiedlungsbegleitung und der Bestandspflege?

2. Dem Krienser Wirtschaftsförderer wird vorgeworfen, sich für das Fahrtenmodell eingesetzt zu haben, obwohl die Regionale Wirtschaftsförderung Luzern, der kantonale Gewerbeverband sowie weitere Kräfte sich negativ gegenüber dem Fahrtenmodell äusserten.

Frage: Darf der Wirtschaftsförderer eine andere Haltung als die RWFL, der KGL und der Luzern Tourismus vertreten?

3. Die Postulanten beantragen dem Gemeinderat, Mandat und Tätigkeit des Krienser Wirtschaftsförderers zu überprüfen.

Frage: Wie sieht die Leistungs- bzw. Kosten-Nutzen-Bilanz der Wirtschaftsförderung aus?

Vor der Beantwortung bzw. Stellungnahme dieser Fragen nimmt der Sprecher zur Entwicklung der Wirtschaftsförderung in Kriens sowie der Wirtschaftsförderung im Kanton Luzern Stellung.

Gemeinde Kriens

In der Gemeinde Kriens wurden die Aufgaben der Wirtschaftsförderung bis ins Jahr 1998 durch eine gemeinderätliche Industrie- und Gewerbekommission wahrgenommen. Die Tätigkeit dieser Kommission bestand mehrheitlich in Form einer jährlichen Orientierungssitzung durch den Gemeindeammann sowie dem Besuch eines Gewerbebetriebes in Kriens. Im Januar 1999 reichte die SP/GB-Fraktion die Motion "Stärkung WIFÖ Kriens" ein. In dieser Motion wird der Gemeinderat aufgefordert, die kommunale Wirtschaftsförderung den wirtschaftlich veränderten Verhältnissen anzupassen und eventuell operative Aufgaben extern zu vergeben. Verlangt wurde vor allem eine aktive Betreuung und Unterstützung der Krienser Firmen sowie

die Führung eines Flächen- und Raumkatasters. Diese Motion wurde einstimmig – also auch mit den Stimmen der SVP – überwiesen. Martin Heiz betonte anlässlich der Einwohnerratssitzung vom 27. Mai 1999, dass die SVP immer für eine Wirtschaftsförderung Kriens einstehe (Protokoll Nr. 8/99).

Unter der Führung des neuen Präsidenten der Wirtschaftskommission, René Siegrist, wurde in der Folge ein Umfragebericht bei den Krienser Unternehmen und Betrieben erarbeitet. Gemäss dieser Umfrage wünschte sich eine Mehrheit der Krienser Betriebe und Firmen eine intensivere Betreuung und man war der Ansicht, dass die Gemeinde über eine Anlauf- und Kontaktstelle verfügen müsste. Gemeinderat und Einwohnerrat wurden am 25. November 1999 über die Ergebnisse dieser Unternehmerumfrage orientiert.

Auf Antrag des Baudepartements beschliesst der Gemeinderat am 22. Dezember 1999 die Schaffung einer Wirtschaftsförderungsstelle im Mandatsverhältnis. Für dieses Mandat stellte der Gemeinderat Fr. 25'000.00 zur Verfügung. Der Umfang des Auftrages, Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat und Erfolgskontrolle, wurden in einem klar definierten Leistungsauftrag festgehalten. Schwergewichtig sollte eine Anlaufstelle sowie die Betreuung der ansässigen Betriebe verbessert werden. Nachdem man mit den Leistungen der Regionalen Wirtschaftsförderung Luzern (RWFL) nicht zufrieden war, sollte auch ein Austritt aus diesem Verband geprüft werden.

Zwischen Gemeinderat und der Wirtschaftsförderung findet eine enge Zusammenarbeit statt. Neben monatlichen Pendenzen-Besprechungen mit dem Gemeindeammann, werden die Unternehmerbesuche des Gemeinderates organisiert und koordiniert sowie verschiedene Kommunikationsaufgaben wahrgenommen. Über die Aktivitäten der Wirtschaftsförderung wird zu Handen des Gemeinderates jährlich ein Tätigkeitsbericht erstellt.

Die Stelle der Wirtschaftsförderung hat sich in Kriens sehr bewährt. Die Aufgaben sind vor allem auf die kommunalen Bedürfnisse abgestimmt und werden von Unternehmungen und Betrieben sehr geschätzt. Hingegen war der Gemeinderat mit den Leistungen der Regionalen Wirtschaftsförderung nicht zufrieden und beschloss - auf Antrag des Wirtschaftsförderers - am 25. Juni 2003 den Austritt aus diesem Verband.

Kanton Luzern

Die Wirtschaftsförderung des Kantons Luzern hat seit längerem ihre eigenen Probleme. Die Aufgaben werden grundsätzlich abgedeckt durch die Standortpromotion Zentralschweiz (SPZ), die verschiedenen Regionalen Wirtschaftsförderungen sowie die kantonale Fachstelle für Wirtschaftsfragen. Seit längerem – vor allem seit der Eingliederung der Wirtschaftsförderung in das Kantonale Baudepartement - arbeitet der Kanton an einer Neuorientierung. Zu diesem Zweck hat er eine Task Force eingesetzt, die ein neues Konzept für den Kanton Luzern erarbeiten soll. Der Krienser Wirtschaftsförderer, René Siegrist, ist übrigens Mitglied dieser Arbeitsgruppe. Wie man aus der Tagespresse am 30. Juli 2005 entnehmen konnte, soll ab nächstem Jahr ein neues Wirtschaftsförderungs-Modell in Luzern eingeführt werden.

Mit der Neuausrichtung sollen folgende Ziele angestrebt werden:

- § Einheitlicher Auftritt unter der Marke "Luzern"
- § Flurbereinigung im Bereich der Organisationenvielfalt
- § Neues Führungsmodell (PPP-Public-Privat-Partnership-Modell)

Anders ausgedrückt heisst dies, dass

- § der Kanton einen Alleingang unter Berücksichtigung von situativer Zusammenarbeit mit anderen Kantonen oder mit dem seco (Staatssekretariat für Wirtschaft) anstrebt.
- § die regionalen Wirtschaftsförderungen – mit Ausnahme der RegioHer – aufgelöst werden.
- § Kanton, Gemeinden und Wirtschaft gemeinsam die Wirtschaftsförderung im Sinne einer eigenen Rechtsform organisieren und finanzieren.

Fazit

Die Reorganisation der kantonalen Wirtschaftsförderungsaktivitäten findet primär im überkommunalen Bereich statt. Die kommunalen wirtschaftsfördernden Aufgaben wie Ansiedlungsbegleitung und Bestandespflege bleiben wie gehabt bestehen. In kleineren Gemeinden werden diese Aufgaben von einem Gemeinderat oder dem Gemeindeschreiber wahrgenommen. Grössere Gemeinden werden die Aufgaben der Wirtschaftsförderung intern oder extern delegieren, da in jedem Fall für den Kanton eine Ansprechperson definiert werden muss.

Der Sprecher beantwortet nun die sich aus dem Postulat ergebenden Fragen:

1. Welches Engagement der Wirtschaftsförderung Kriens besteht im Rahmen der Ansiedlungsbegleitung und der Bestandespflege?

Die Wirtschaftsförderung Kriens – vertreten durch René Siegrist - hat sich in den vergangenen 5 Jahren als Anlaufstelle für wirtschaftliche Fragen etabliert. Grosses Gewicht wird der Betreuung und Pflege der ansässigen Unternehmungen beigemessen. Der Wirtschaftsförderer kennt weitgehend das gewerblich nutzbare Angebot an Land und Raum. Die regelmässigen Anfragen werden telefonisch, schriftlich oder mittels Begehungen beantwortet und bearbeitet. Weiter vertritt der Wirtschaftsförderer die Gemeinde bei Eröffnungen, Jubiläen oder Firmenpräsentationen.

2. Darf der Wirtschaftsförderer eine andere Haltung als die RWFL, der KGL oder von Luzern Tourismus vertreten?

Grundsätzlich stellen sich – gerade in Bezug auf das angesprochene Fahrtenmodell – verschiedene Fragen: Was beinhaltet der Begriff Wirtschaft? Oder welche Wirtschaft wird von wem vertreten? Oder welche Wirtschaft soll schlussendlich gefördert werden?

Ein paar Gedanken zur heterogenen "Unternehmenslandschaft":

- § Was der Grossunternehmung nützt, kann dem Kleinunternehmen durchaus schaden.
- § Globalisierte Unternehmungen vertreten andere Interessen als regional verankerte Firmen.
- § Grundeigentümer und/oder familiengeführte Unternehmungen haben über längere Zeiten die selben Ansprechpartner und damit eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Kooperation Staat - Wirtschaft.
- § Anonyme Besitzverhältnisse lassen zumeist ausser der ökonomischen Optimierung keine weiteren Werte zu.
- § usw.

Damit stellt sich gerade für eine Gemeinde die Frage, welche Wirtschaft gefördert werden soll. Nach Ansicht des Gemeinderates sollen u.a. für Nachhaltigkeit und Kontinuität folgende Kriterien und Ziele gelten:

- § langfristige Orientierung
- § ressourcenschonende Tätigkeit
- § werte- und verantwortungsorientiertes Handeln.

Der Gemeinderat ist überzeugt, dass der Wirtschaftsförderer sich immer an diesen Vorgaben und Zielen orientierte. Auch in Bezug auf das im Postulat angesprochene Fahrtenmodell wurde durch Gemeinderat, Kanton und Wirtschaftsförderer versucht, ein – aktuell vorhandenes – Problem mit Argumenten der Nachhaltigkeit, Qualität und einer koordinierten Entwicklung in den Griff zu bekommen. Der Gemeinderat nimmt heute zur Kenntnis, dass das vorgeschlagene Modell von der Bevölkerung nicht mitgetragen und unterstützt wurde, d.h. es gilt für die Zukunft, neue Lösungen zu suchen.

3. Wie sieht die Leistungs- oder Kosten/Nutzen-Bilanz der Wirtschaftsförderung aus?

Tätigkeiten der Wirtschaftsförderung lassen sich nur schwer messen. Diese Aussage trifft auf alle Wirtschaftsförderungsinstitutionen zu. Das Kommen und Gehen von Betrieben lässt sich nur in Einzelfällen auf die konkreten Bemühungen der jeweiligen Wirtschaftsförderungsinstitutionen zurückführen. Die Wirtschaftsförderungen – kommunal oder kantonale – können nicht in Firmenentscheidungen (neuestes Beispiel LEGO Willisau) eingreifen, sie können nur zu guten Rahmenbedingungen beitragen.

Die Wirtschaftsförderung Kriens sieht ihr Haupttätigkeitsfeld vor allem in der Kontakt- und Bestandespflege. Pro Jahr werden zirka 150 – 200 Arbeitsstunden für interessierte An siedlungswillige sowie für die über 900 ansässigen Unternehmungen geleistet.

Neben der Bestandespflege sind verschiedene Projekte zu erwähnen:

- § Projekt "foodline-Kriens" (Hauslieferdienst und Partyverpflegung)
- § Vorstellung von innovativen Betrieben und Neuunternehmen im Kriens Info
- § Lancierung des hoffentlich erfolgreichen Projektes "Ortsmarketing"
- § Adlaten-Vermittlung oder auch der
- § Aufbau eines überkommunalen Netzwerkwerkes mit entsprechenden Kontakten.

Die Tätigkeiten des Wirtschaftsförderers werden in einem jährlichen Tätigkeitsbericht an den Gemeinderat festgehalten.

Zusammenfassend und abschliessend stellt der Gemeinderat fest, dass sich das Wirtschaftsförderungsmodell Kriens bewährt und etabliert hat. Firmen und Betriebe haben eine klar definierte und kompetente Anlaufsstelle, die sich oftmals auch in Ombudsfunktion zwischen Behörde und Wirtschaft bewährt. Auch im neuen kantonalen Modell werden die kommunalen wirtschaftsfördernden Aufgaben in den Gemeinden wahrzunehmen sein. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass mit der Investition von jährlich rund Fr. 30'000.00 - oder 0.2 Promille des Gemeindehaushaltes - ein wichtiger und sinnvoller Beitrag für eine gesunde und koordinierte Entwicklung unserer Gemeinde geleistet wird.

In Sinne dieser Ausführungen erachtet der Gemeinderat dieses Postulat als beantwortet und erledigt.

Gemäss Werner Baumgartner kann die CVP/JCVP-Fraktion dem Antrag des Gemeinderates folgen. Die Stellungnahme des Gemeinderates war ausführlich und informativ. Der Wirtschaftsförderer handelt auf Auftragsbasis. Das Konzept hat sich bis jetzt bewährt. Es ist flexibel und die Entscheidungswege sind kurz.

Was dem Sprecher Mühe bereitet, ist die Vorgehensweise. In der Neuen Luzerner Zeitung vom 09. März 2005 hat die SVP den Rücktritt des Wirtschaftsförderers verlangt. Er findet es befremdend, dass man nicht zuerst Abklärungen macht, bevor man Forderungen stellt. Zudem hat der Wirtschaftsförderer René Siegrist das Gespräch mit der SVP gesucht. Wäre die SVP darauf eingegangen, hätten vielleicht allfällige Bedenken geklärt werden können. Werner Baumgartner jedenfalls hat mit einem einzigen Telefongespräch viele Informationen erhalten. Die CVP/JCVP-Fraktion glaubt, dass sich diese Institution und Investition lohnt und bis jetzt bewährt hat. Es macht Sinn, diese ausserhalb der Verwaltung zu führen – was auch ein unabhängiges Auftreten erlaubt. Ein grosser Teil der Arbeit konzentriert sich auf die bestehenden Betriebe in Kriens. Dies ist sinnvoll und notwendig, auch für die Erhaltung bestehender Arbeitsplätze. Wie bereits erwähnt, unterstützt die CVP/JCVP-Fraktion den Antrag des Gemeinderates, d.h. Entgegennahme und gleichzeitig abschreiben.

Peter Mattmann plädiert für Nicht-Abschreiben. Die Stellungnahme und Antworten des Gemeinderates waren gut, genügen jedoch nie. Er ist der Auffassung, dass Kriens ein Wirtschaftskonzept braucht. Die jetzige Wirtschaftsförderung ist „vorsintflutlich“. Es darf nicht auf eine grundsätzliche Basis abgestützt werden. Der Sprecher nennt einige Beispiele, wie früher Wirtschaftsförderung betrieben wurde. Diese ist heute jedoch längstens nicht mehr zeitgerecht. Auch dies hat mit der Globalisierung zu tun. Es ist ein Grossangriff von den Grossen auf den lokalen Markt. Bis jetzt konnten sich die lokalen Märkte „gut halten“. Seit ca. 15 Jahren wird auf der politischen Ebene für die „Grossen“ ein zentraler Markt reguliert. Wenn es mit dieser Mentalität weitergeht, kann man den daraus entstehenden Folgen (wie Verarmung) nur noch zuschauen.

Man braucht ein Konzept, wo Fragen wie Struktur der Wirtschaft, lokale Wirtschaft, Steuersituation, Steuerabkommen etc. geklärt werden. Der Sprecher nennt ein Beispiel von Luzern: An der Weggisgasse gibt es noch vier einheimische Betriebe.

Damit die einheimische Wirtschaftssubstanz erhalten werden kann, braucht es mehr als das vorliegende Postulat. Aus diesen Gründen darf es nicht abgeschrieben werden. Es ist eine Daueraufgabe.

Für Markus Hadorn ist die gleichzeitige Abschreibung des Postulates nicht falsch, weil dessen Inhalt 180° in eine andere Richtung geht als die vorerwähnten Voten. Wirtschaftsförderung ist ein Dauerthema und muss diskutiert werden. Der Sprecher ist auch nicht gegen ein Konzept, aber dies wird mit dem Postulat nicht verlangt. Das Postulat ist ein Frontalangriff auf den Wirtschaftsförderer. Markus Hadorn bedauert es sehr, dass seit einiger Zeit die politische Atmosphäre so vergiftet ist. Dies hat nichts mehr mit Politik zu tun. Das Thema Wirtschaftsförderung ist viel zu ernst dafür. Die SP/GB-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates und ist für Überweisung und Abschreibung.

Rolf Bättig stellt fest, dass alle das gleiche Postulat haben, aber dieses verschiedentlich ausgelegt wird. Im Postulat wird kein „Kopf“ gefordert, sondern nur Auskünfte. Die FDP unterstützt das Postulat, weil sie für volle Transparenz ist. Eine Kosten-/Nutzenanalyse ist immer sinnvoll. Allenfalls muss man die Namensgebung überdenken: Info- statt Förderstelle. Zur Wirtschaft, welche letztendlich die Mittel erarbeitet, welche es uns erlauben, unsere Ausgaben zu tätigen, ist Sorge zu tragen. Die Beantwortung des Postulates hat der Gemeinderat geliefert. Aus diesem Grunde ist die FDP für Überweisung und gleichzeitige Abschreibung.

Für Räto Camenisch waren alles hochinteressante Voten. Am besten hat ihm jedoch die Stellungnahme des Gemeinderates gefallen. Dieser hat mit seinen Ausführungen dazu beigetragen, dass nun vieles klar geworden ist. Vielleicht war auch ein bisschen „Schönfärberei“ dabei. Dies wird dem Gemeinderat jedoch verziehen. Der Gemeinderat hat begriffen, was das Postulat bezweckt und dafür dankt der Sprecher. Man soll jedoch immer wieder daran denken, wie man der Wirtschaft nützen kann. Auch der Einwohnerrat ist als Wirtschaftsförderer gefragt. Zu den zwei Voten von Werner Baumgartner und Markus Hadorn nimmt Rato Camenisch kurz Stellung: Das Postulat fordert eine saubere Analyse, wie es sein soll. Dies hat nichts mit Parteipolitik zu tun. Das Postulat hat nichts mit den früheren „Missverhältnissen“ zu tun. Er will eine seriöse, saubere Politik. Die SVP will keinen „Kopf rollen“ sehen. Die Idee eines Konzeptes, wie von Peter Mattmann erwähnt, wäre sicher ideal. Aber soweit will der Postulant nicht gehen.

Werner Baumgartner stellt klar, dass er nicht irgend etwas erzählt hat. Er zitiert, was am 09. März 2005 in der NLZ zu lesen war: *Die SVP fordert, dass der Gemeinderat die Zusammenarbeit mit René Siegrist einstellt.* Das hat er nicht erfunden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr verlangt werden, lässt Robert Thalmann über das Postulat abstimmen.

Abstimmung für die Überweisung

Mit 18:10 Stimmen wird das Postulat überwiesen.

Abstimmung über die Abschreibung

Mit 22:6 Stimmen wird das Postulat abgeschrieben.

4. Motion Lanz und Mitunterzeichnende: Lückenlose Realisierung des Radroutenkonzeptes in der Gemeinde Kriens Nr. 053/05

Robert Thalmann stellt fest, dass sich Matthias Senn bei diesem Geschäft im Ausstand befindet.

Als regelmässige Velofahrerin muss die Motionärin Susanne Lanz feststellen, dass in den letzten Monaten einige Verbesserungen, vor allem in der Amlehn- und Luzernerstrasse stattgefunden haben. Trotzdem ist der nun bald zehnjährige Verkehrsrichtplan bis heute nur bruchstückhaft umgesetzt worden: Viele Kreuzungen sind dermassen schlecht gelöst (z.B. Krauerhalle), dass die VelofahrerInnen zu ihrer eigenen Sicherheit lieber auf der Strasse fahren, was bestimmt eine unerwünschte Wirkung ist. Bereits umgesetzte Massnahmen waren so unbefriedigend, dass sie bereits wieder rückgängig gemacht wurden (z.B. Schachen- / Amlehnstrasse). Geplante Verkehrsberuhigungsmassnahmen wurden nie umgesetzt. Durch die fehlende Querungsmöglichkeiten der Luzernerstrasse ist Kriens teilweise – zumindest velo-

mässig – eine geteilte Stadt. Gleichzeitig ist das Obernau, trotz des riesigen Baubooms, velomässig nur sehr lückenhaft mit dem Zentrum verbunden.

Für eine optimale Verkehrsplanung wäre es sicher von Vorteil, wenn bei einer so wichtigen Planung wie die des Radroutenkonzeptes, auf VelofahrerInnen spezialisierte Planungsbüros beigezogen worden wären. Zum Glück kann die Gemeinde Kriens auf einen sehr engagierten, velofahrenden Franz Baumann zurückgreifen. Er hat diesen Sommer eine sehr ausführliche Bestandesaufnahme der vorhandenen Fahrradverbindungen erstellt. Gleichzeitig sind in diesem Bericht teilweise optimierte Lösungsvorschläge erarbeitet worden.

Die SP/GB-Fraktion bittet den Gemeinderat, sich für eine lückenlose Umsetzung des Radroutenkonzeptes einzusetzen. Die Realisierung optimaler, velofreundlicher Verkehrswege in Kriens ist nach der langen Planungs- und Umsetzungszeit mehr als überfällig. Die Sprecherin betont, dass eine lückenlose Umsetzung eine andere Linienlösung als die ursprüngliche zulässt. Wichtig ist, dass sie optimal für die VelofahrerInnen umgesetzt wird. Die SP/GB-Fraktion dankt dem Einwohnerrat für die Unterstützung.

Einleitend hält Bruno Peter fest, dass der Verkehrsrichtplan behördenverbindlich ist und der Gemeinderat die Massnahmen grundsätzlich - selbstverständlich den finanziellen Möglichkeiten entsprechend - umzusetzen hat. Der kommunale Verkehrsrichtplan wurde durch den Einwohnerrat am 03. Juni 1993 beschlossen und am 07. März 1995 durch den Regierungsrat genehmigt. Die Motionäre weisen in ihren Ausführungen auf eine ungenügende Umsetzung des Radroutennetzes hin und verlangen vom Gemeinderat eine lückenlose Realisierung. Grundsätzlich muss zwischen dem kantonalen Radroutenkonzept und dem kommunalen Radwegnetz gemäss Verkehrsrichtplan unterschieden werden. Das kantonale Radroutenkonzept liegt im Kompetenzbereich des Kantons. Für das kommunale Radwegnetz ist der Gemeinderat zuständig.

Nach der Genehmigung und Rechtskrafterwachsung im Jahre 1995 erstellte der Gemeinderat in Zusammenarbeit mit der Verkehrsplanungskommission einen Massnahmenkatalog mit Prioritätensetzung. Unter den 10 Massnahmen erster Priorität befanden sich 7 Radwegprojekte, die heute mit einer Ausnahme (Verbindung Sackweid – Südstrasse) allesamt umgesetzt sind. Der Gemeinderat ist also nicht der Ansicht der Motionäre, dass weite Teile des Radwegnetzes nicht umgesetzt sind. Gerade in den vergangenen zwei Jahren konnten entscheidende Verbesserungen erzielt und verschiedene Projekte realisiert oder mindestens "auf die Schiene" gebracht werden.

Es sind dies folgende Projekte:

- Komplettes Radwegnetz im Bereich der A2-Nidfeld-Schlund-Kuonimatt
- Radwege auf der Luzernerstrasse
- Verbindung Schachenstrasse - Luzernerstrasse durch den Bellpark
- Optimierungen Radweg Schachen- / Amlehnstrasse
- Radweg Nidfeldstrasse
- Einmündung Friedhofstrasse - Schlundstrasse
- Verbindung Fenkern – Dorfplatz (in Planung)
- Verbindung Sackweidstrasse – Südstrasse (Ausführung vorauss. 2006)

Der Gemeinderat erarbeitet im Moment zuhanden des Einwohnerrates einen Zwischenbericht zum Umsetzungsstand des Verkehrsrichtplanes. Dieser Zwischenbericht erlaubt eine Standortbestimmung mit Überprüfung und evtl. Anpassung bzw. Neudispositionen von einzelnen Massnahmen.

Gesamthaft kann festgestellt werden, dass diejenigen Massnahmen, welche mit verhältnismässigen Mitteln umgesetzt werden konnten, bereits existent sind. Zu erwähnen ist, dass die Gemeinde Kriens in den vergangenen 10 Jahren für Verkehrsberuhigungsmassnahmen und Radweganlagen über Fr. 2 Mio. investiert hat. Zurückgestellt wurden Projekte, welche aus rechtlichen Gründen nicht durchsetzbar waren oder bei denen die Umsetzung zu unverhältnismässigen Kosten geführt hätte. Weiter fallen verschiedene Projekte in den Zuständigkeitsbereich des Kantons, wie die Einmündung Obernauerstrasse/Hergiswaldstrasse oder die Radwegverbindung nach Littau über das Renggloch. Wie aus dem zurzeit in Vernehmlassung befindlichen Bauprogramm 2007-2010 für Kantonsstrassen ersichtlich, wird der Ausbau der Rengglochstrasse in den Topf C – also nach 2014 – verschoben.

Zusammenfassend stellt der Sprecher fest, dass weite Teile des Radwegnetzes umgesetzt sind. Leider lassen sich verschiedene Projekte aus rechtlichen Gründen nicht oder nur mit unverhältnismässigem Aufwand realisieren. Wie erwähnt wird der Gemeinderat anfangs des nächsten Jahres dem Einwohnerrat einen entsprechenden Bericht zur Diskussion und Beratung vorlegen. Im Sinne der vorerwähnten Ausführungen ist der Gemeinderat bereit, die Motion teilweise entgegen zu nehmen - teilweise aufgrund der Zuständigkeiten und Nichtdurchsetzbarkeit einzelner Projektbereiche.

Für Stefan Meyer namens der CVP/JCVP-Fraktion ist dieses Anliegen wichtig, da viele Personen mit dem Velo unterwegs sind. Wie Bruno Peter bereits erwähnt hat, sind in letzter Zeit viele Strassen verbessert worden – so z.B. auf der Südstrasse – Langmatt. Es ist jedoch wichtig, dass die unbefriedigenden Situationen erledigt werden und der Gemeinderat diese in einem Zwischenbericht aufzeigt. Der Gemeinderat soll moralischen Rückenwind bekommen. Die Motion wird von der CVP/JCVP-Fraktion grossmehrheitlich unterstützt. Er hofft auch, dass auf der Schachenstrasse die bestehenden Geleise entfernt werden und so mehr Sicherheit für die VelofahrerInnen gegeben ist.

Gemäss René Hug hat die FDP die Motion kritisch hinterfragt. Wo bleiben hier die Fussgänger? Nach Ansicht der FDP gehören die Velowege in den Verkehrsrichtplan. Zudem ist das Velowegnetz ziemlich gut ausgebaut. Dass dieses lückenlos ausgebaut werden kann, ist schon wegen den Grundeigentümern nicht möglich. Die FDP ist nicht gegen Velowege, aber gegen die Motion, welche absolutistische Forderungen stellt.

Bruno Peter teilt mit, dass auch auf der Schachenstrasse die Geleise entfernt werden sollen.

Abstimmung über volle oder teilweise Überweisung

Mit 17:10 Stimmen wird die Motion voll überwiesen.

Abstimmung über die Ablehnung

Mit 16:11 Stimmen ist der Einwohnerrat gegen die Ablehnung.

5. Postulat Stutz namens der JCVP: Für einen Aktionstag im öffentlichen Verkehr Nr. 061/05

Daniela Stutz hat kürzlich die Autoversicherungsrechnung für das Jahr 2006 erhalten. Dabei war sie nicht nur von der Prämienhöhe überrascht, sondern auch über das Engagement der Versicherung. „Aktion sicher durch den Winter“ nennt die Versicherung dies und bietet allen Autofahrern an, das Generalabonnement günstig für einen Monat zu benützen. So falsch kann die Postulantin also mit dem Postulat für einen Aktionstag im ÖV nicht liegen. Messbar ist so ein Aktionstag natürlich nicht genau, ausser an diesem Tag.

Die Agglomeration Luzern ist immer von einer chronischen Verkehrsüberlastung betroffen – besonders die Gemeinde Kriens. Lärmbelastung und Luftverschmutzung sind nur ein Teil der negativen Auswirkungen. Daneben hat die Überlastung der Strassen aber auch für die Wirtschaft und nicht zuletzt den Standort Kriens unschöne Konsequenzen. Die Unattraktivität von Kriens ist die logische Folge. Dieser Tendenz kann nur mit unterschiedlichen Massnahmen entgegengewirkt werden. Allein mit diesem Vorstoss kann das Verkehrsproblem nicht gelöst werden. Er soll lediglich einen kleinen, aber wichtigen Impuls setzen. Mit dem Postulat soll der Gemeinderat aufgefordert werden, sich beim Zweckverband für den ÖV für einen Aktionstag einzusetzen. Diese Werbeaktion soll keine Alibiübung sein, sondern ein Anreiz zu Gunsten des ÖVs. Davon profitiert der ÖV aber auch der Individualverkehr. Die Auslastung steigt und der Verkehr auf den Strassen verflüssigt sich.

Es muss nicht zwingend am 22. September ein solcher Aktionstag durchgeführt werden. Es kann auch an einem der Sonntagsverkäufe im Dezember sein. Ebenfalls sollte es ab dem Jahr 2007 auch kein organisatorisches Ticketproblem mehr geben.

Ein Aktionstag hat auch den Vorteil, dass eine Anzahl Benutzerinnen festgestellt werden kann. Kriens wird mit ihrem Engagement im ÖV noch attraktiver, und die Sprecherin ist überzeugt, dass sich auch einzelne Ratsmitglieder über den Vorteil des Busses überzeugen lassen.

Mit dem heute abgegebenen Gratisbillett des AggloMobils kann es bereits ausprobiert werden. Daniela Stutz bittet den Einwohnerrat, dem Postulat eine Chance zu geben und dieses zu unterstützen.

Gemäss Cyrrill Wiget korrespondiert der gewünschte Aktionstag sehr gut mit dem Legislaturprogramm 2004 –2008: *Wir fördern umweltverträglich Mobilitätsformen und den ÖV*. Der Gemeinderat politisiert nicht an der Bevölkerung vorbei.

Gemäss einer Umfrage des Vereins Lust auf Kriens kommen 75 % der KrienserInnen regelmässig oder von Zeit zu Zeit mit dem ÖV ins Zentrum. Eine Verflüssigung des Verkehrs wollen 52 %, und zusätzlich zum heutigen Angebot investieren wollen 41 % der befragten Personen. Nur 10 % wollen beim ÖV sparen.

Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen, möchte hier aber noch zwei kritische Bemerkungen anbringen:

1. Seit 2001 partizipiert die Gemeinde am Tag vom 22. September - also am Tag, wo sämtliche umweltschonende Mobilitätsformen per Aktionstag gefördert werden sollten. Ein zusätzlicher Aktionstag kommt für Kriens deshalb nicht in Frage. Vor allem deshalb, weil nach einem guten Start dieser Aktionstag in den letzten Jahren an Attraktivität verloren hat. Vielmehr würde der Gemeinderat das Postulat in dem Sinne entgegennehmen, dass Kriens dem 22. September - mit Focus auf den ÖV- wieder neues Leben „einhaucht“.
2. Der Gemeinderat warnt vor allzu hohen Erwartungen. Sensibilisierungs- und Animierungskampagnen sind sinnvoll, aber in der Effektivität oft zu schwach, um die Probleme wirklich zu lösen.

Wie bereits erwähnt, ist der Gemeinderat bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Die Postulanten dürfen jedoch nicht allzu grosse Erwartungen haben.

Gemäss Patrick Koch hat das vorliegende Postulat nach einer intensiv geführten Diskussion keine Mehrheit in der USK gefunden. Für die Befürworter ist die heutige Verkehrssituation nicht zufriedenstellend, da der Bus während den Stosszeiten oft im Stau steht und somit als Verkehrsmittel nicht attraktiv ist. Deshalb soll die Bevölkerung zum „Umsteigen“ auf den ÖV animiert werden. Die Gegner bezweifeln den Sinn einen Aktionstages. Sie sind der Meinung, dass die Bevölkerung sich des Stellenwertes des ÖVs sehr wohl bewusst ist. Die USK erachtet die Beteiligung der Gemeinde Kriens am Aktionstag für überflüssig und bezweifelt die im Postulat aufgeführte, animierende „Umsteigewirkung“. Die Postulantin erwähnt die eingereichten Postulate in der Stadt Luzern und in Emmen. Sie weist auf die im Agglomerationsprogramm zum ÖV empfohlenen Massnahmen wie so genannte Verkehrslenkungsmassnahmen hin. Die Mehrheit der Kommission stellt fest, dass die in der Stadt Luzern im Rahmen des europäischen Aktionstages durchgeführten „zwangsverordneten“ autofreien Tage nicht überzeugt haben und überdenkt werden müssen.

Niemand hat ernsthaft etwas dagegen, wenn auf die Problematik der Verkehrsüberlastungen hingewiesen und ein Umsteigen auf den ÖV propagiert wird. „Eigenverantwortung statt Zwang“ müsste daher die Botschaft lauten. Beim vorgeschlagenen Aktionstag ergeben sich zudem einige Umsetzungsprobleme. Da die Agglomeration Luzern in einem integralen Tarifverbund zusammengeschlossen ist, müssten alle beteiligten Transportunternehmen im gleichen Ausmass mitmachen. Die Kompetenz für den Entscheid liegt dabei bei den Transportunternehmen und nicht bei den Gemeinden.

Problematisch ist die Handhabung der Verkäufe der verbilligten Fahrscheine. Die Abgabe von verbilligten Fahrkarten ist ebenfalls die Aufgabe des jeweiligen Unternehmers und nicht der Gemeinde. Die Werbung liegt zudem in der Kompetenz des Unternehmens. Deshalb ist der Vorstoss formaljuristisch nicht in Ordnung. Die heutige Automatengeneration ist überdies nicht darauf ausgerichtet, verbilligte Tickets zu verkaufen. Da bei einem Aktionstag mit hoher Wahrscheinlichkeit mit Einnahmehausfällen zu rechnen ist, müsste eine Abgeltung durch die öffentliche Hand – also die Gemeinde – erfolgen. Erfahrungsgemäss nehmen die 15 Verbandsgemeinden hierzu eine sehr zurückhaltende Position ein. Zudem müsste auch der öffentliche Regionalverkehr und nicht nur der öffentliche Agglomerationsverkehr die Zustimmung geben. Aufgrund dieser Tatsachen empfiehlt die USK das vorliegende Postulat abzulehnen.

Gemäss Simon Konrad schliesst sich die FDP der Meinung des Zweckverbandes ÖV an und lehnt den Aktionstag ab. Es tönt immer gut, den ÖV zu fördern. Doch die Problematik liegt u.a. auch bei der Umstellung der Billettautomaten auf einen Einheitstarif. Auch die Wirksamkeit und Finanzierbarkeit wird in Frage gestellt. Zudem will laut Cyrill Wiget die Mehrheit der befragten Personen nicht mehr Geld für den ÖV investieren. Man müsste den ÖV so attraktiv gestalten, dass die Leute von selber auf die Idee kommen umzusteigen und nicht einen Aktionstag einführen, wo auch andere Gemeinde nicht einig sind, ob er Sinn macht. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat einstimmig ab.

Joe Brunner namens der SP/GB-Fraktion begrüsst es, wenn sich die Gemeinde für den ÖV einsetzt. Wer zum vorliegenden Postulat nein sagt, verkennt die Notwendigkeit, die Bevölkerung für den ÖV zu sensibilisieren. Man missachtet somit die Stimmung und Meinung der grossen Mehrheit der Krienser Bevölkerung. Wieso braucht es noch Worte von der linken Seite, wenn die Meinung bereits Parteiparole ist?

Die SP/GB-Fraktion ist klar für das Postulat und gewinnt ihm ein gutes Anliegen ab. Die Fraktion fordert den Gemeinderat auf, sich für den 22. September mit der Überweisung etwas Gutes einfallen zu lassen. Für die SP/GB-Fraktion ist der ÖV der Schlüssel zur Lösung von Verkehrsproblemen.

Für Konrad Beutler kann der ÖV nur rollen, wenn auch der Individualverkehr rollt. Die Luzernerstrasse wird so verbaut, dass dieser aber nicht fließen kann. Statt im Raum Hofmatt/ Bellpark eine Unter- oder Überführung zu bauen, müssen die vielen Fussgänger über die Fussgängerstreifen, welche teilweise noch mit Lichtsignalanlagen freigegeben werden. So kann auch der ÖV nicht flüssig fahren. Ein Aktionstag ist nur interessant, wenn der Verkehr fließt.

Daniela Stutz stellt klar, dass die Gemeinde Kriens nicht alleine einen Aktionstag durchführen, sondern sich beim Zweckverband für einen solchen einsetzen soll. Das technische Problem mit den Billettautomaten sollte zukünftig kein Problem mehr darstellen. Dies wird gelöst. Die Finanzierbarkeit müsste jedoch mit dem Zweckverband ausgehandelt werden. Die Sprecherin ist bereit, auch über Vorschläge für die Umgestaltung des Individualverkehrs zu diskutieren.

Cyrell Wiget erwähnt nochmals die Fragebogen-Auswertung. Es hat zu diesem Thema immer 4 Antworten zum Ankreuzen gegeben.

Für Peter Mattmann wird hier politisiert wie im letzten Jahrhundert. Beim Postulat geht es um eine kleine Marketingaktion, wofür die Gemeinde Kriens einen Anstoss geben soll. Weiter kann der Individualverkehr nicht schneller sein, solange es nur eine Hauptstrasse (Kriens-Luzern) hat. Es hat zuviel Verkehr für das „enge Rohr“. Alle, die auf das Auto angewiesen sind, müssen eigentlich froh sein, wenn möglichst viele auf den Bus umsteigen. Es muss beidseitig optimiert werden.

Rolf Bättig schlägt vor, nicht nur einen, sondern drei Aktionstage einzuführen – nämlich an den drei Fasnachtstagen. Die Bevölkerung sollte dann sogar die Möglichkeit haben, gratis zu fahren.

Martin Heiz vertritt die gleiche Meinung wie Rolf Bättig. An den Fasnachtstagen wäre es schon wegen der Sicherheit sinnvoll. Zudem hat heute der Einwohnerrat ein Gratisbillett von AggloMobil erhalten, und per Post wurde in alle Haushaltungen auch bereits ein Gratisbillett zugestellt. Somit kann man schon an zwei Tagen gratis den ÖV benutzen. Er schlägt vor, das Postulat zu überweisen und gleichzeitig abzuschreiben.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr verlangt werden, lässt Robert Thalmann abstimmen.

Abstimmung

Mit 18:10 Stimmen wird das Postulat überwiesen.

6. Dringliches Postulat: Für kulturelle und politische Vielfalt in der Gemeinde Kriens

Nr. 041/05

Patrick Koch weiss, dass zahlreiche Krienser Vereine aus Jugend, Kultur, Sport, Politik, Musik/Gesang und gemeinschaftlichen Gruppen regelmässig Beiträge im Kriens Info publizieren. Dies sind z.B. der Schwimmverein, mobiles Kriens, Chance21, Feldmusik, Guggenmusik Schteichochocher, Samariter-Verein, terre des hommes, Galli-Zunft, Ludothek, Förderverein Hergiswald, FDP-Seniorinnen und Senioren, Jugendhaus Teiggi, Gönnerverein Museum im Bellpark, JBO, Grünes Bündnis etc.

Kriens Info ist das offizielle Mitteilungsblatt der Gemeinde und der Vereine. So steht es zumindest auf der Titelseite. Dem entsprechend wird es auch zu Recht mit Steuergeldern unterstützt. Es trägt zur Aufrechterhaltung der kulturellen und politischen Vielfalt in der Gemeinde Kriens bei. Vereine berichten über ihre Aktivitäten. Parteien vertreten ihre Standpunkte oder kommentieren das politische Geschehen in der Gemeinde.

Die Wichtigkeit der Berichterstattung im Kriens Info wird durch die Tatsache, dass dieses von der Bevölkerung regelmässig und intensiv gelesen wird, unterstrichen. Gerade in einer Zeit, in der Vereine aufgrund der schlechten Wirtschaftslage vermehrt unter einem Rückgang der Mitglieder-, Gönner- und Sponsorenbeiträge zu leiden haben und jeden Franken zweimal umdrehen müssen, sollen ihre Beiträge und Berichte im Kriens Info durch die Reduktion des kostenlosen Anteils beschnitten werden. Wollen die Vereine weiterhin im gewohnten Umfang informieren und berichten, müssen sie dafür bezahlen. Diese zusätzliche finanzielle Belastung können sich viele Vereine und politische Organisationen kaum noch leisten.

Die Konsequenzen sind klar. Mit dieser Einschränkung leidet die kulturelle und politische Vielfalt. Vereine und Parteien werden unnötig eingeschränkt. In Kriens gibt es ca. 180 Vereine, Organisationen und Gruppierungen. Sie sind die eigentlichen Träger des kulturellen, sportlichen und gesellschaftlichen Lebens. Sie erfüllen in hohem Mass auch viele soziale und karitative Aufgaben.

Der Sprecher bittet den Gemeinderat, dafür zu sorgen, dass die Krienser Vereine und Parteien weiterhin im gewohnten Umfang kostenlos im Kriens Info über ihre Aktivitäten informieren und berichten dürfen.

Helene Meyer stellt fünf Aussagen zum Kriens Info an den Anfang ihres Votums: viel gelesen - gut beachtet - interessant als Plattform - ein Gemeinschaftswerk - mit labilem Gleichgewicht. Gleichzeitig begrüsst sie auf der Tribüne ganz herzlich Herrn Kirschbaum von der Brunner AG.

Bevor sie zur eigentlichen Forderung kommt, will die Sprecherin einige Vorbemerkungen anbringen und kurz zurückschauen. Seit dem Jahr 2000 lesen die allermeisten Krienserinnen und Krienser das Kriens Info, welches damals das Kriens heute abgelöst hat. Dies in einer so hohen Regelmässigkeit und wohl auch Genauigkeit, dass bei der Umfrage im Rahmen des Ortsmarketings das Mitteilungsblatt Kriens Info mit Abstand als das meist genutzte Medium obenauf schwang.

Schon immer hat sich das Kriens Info als Produkt einer Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde Kriens und der Brunner AG in erster Linie, als Plattform für Vereine und Organisationen in zweiter Linie, verstanden. Für die Gemeinde Kriens ist das Kriens Info das offizielle Mitteilungsblatt für alle behördlichen Informationen, aber auch ein wichtiges Kommunikationsorgan mit der Bevölkerung. Die Brunner AG ist Vertragspartner als Produzent. Die Vereine haben eine Plattform, um in einem bestimmten Rahmen kostenlos Informationen an Mann,

Frau und Kind zu bringen. Das Krienser Gewerbe, die Unternehmenden haben durch die Inserate die Möglichkeit, sehr gezielt, sehr konzentriert ihr Zielpublikum zu bewerben.

Das Konstrukt zeichnet sich finanziell aus: Die Gemeinde, so war es schon immer die Absicht und Haltung, finanziert die Zustellung an alle Haushalte, was ca. Fr. 25'000.—beansprucht. Sie ist zuständig für ihre eigenen Gemeindebeiträge, welche von einer internen Redaktionskommission bearbeitet werden. Die Finanzierung der eigentlichen Herstellung des Blattes liegt in der Verantwortung der Brunner AG bzw. wird durch die Inserat-Einnahmen abgedeckt. Somit werden die kostenlosen Beiträge durch die Inseratkosten finanziert. Aufgrund des alten Vertrages waren die Gemeindeseiten immer in Relation zu den Inseratseiten bemessen. Wie viel Platz für die Gemeinde zur Verfügung steht, war deshalb sehr unterschiedlich und schwer einschätzbar. Der Inseratrückgang während den vergangenen Jahren - aufgrund der wirtschaftlichen Lage - und das unbefriedigende Seiten- und Kostenmanagement haben es der Gemeinde verunmöglicht, die jeweils budgetierten Beträge einzuhalten. Das Parlament und insbesondere die zuständige Kommission haben verschiedentlich darauf hingewiesen, dass die Kosten für das Kriens Info immer Mehraufwändungen bis zu einem Mehrfachen aufzeigen. Der Gemeinderat hat in Aussicht gestellt, dass er das Kriens Info mit einem neuen Vertrag besser „im Griff“ haben will. Dies zur finanziellen Seite.

Der Gemeinderat hat auch festgestellt, dass die Lesefreundlichkeit in den letzten Jahren gelitten hat. Die Zuordnung in einzelne Departemente ist überholt und für die Leserschaft unbedeutend. Ein Wirrwarr zwischen Gemeindemitteilungen, Inseraten und Vereinsmitteilungen führte immer wieder zu Verwirrungen und Unklarheiten. Das waren die hauptsächlichen Gründe, dass im Frühjahr 2005 eine Neukonzeption, ein neues Layout sowie ein neues Kostenmanagement mit der Brunner AG ausgehandelt wurde. Die Forderungen des Gemeinderates waren folgende:

- Die Gemeindeseiten sollen fix definiert sein und ohne Inserate erscheinen (mit Ausnahme der Bestattungsinstitute bei den Zivilstandsnachrichten).
- Auf der Titelseite sollen ebenfalls keine Inserate erscheinen.
- Die Inseratkosten sollen nicht angehoben werden.
- Die Vereine und Parteien sollen nach wie vor ein definiertes Gefäss kostenlos zur Verfügung haben.
- Wie bereits erwähnt sollen die Gemeindeseiten künftig unter neuen Rubriken, losgelöst von den Departementen, von einer internen Redaktionskommission aufbereitet und für den Druck vorbereitet werden. Dies mit einem neuen Layout, das den Erkennungsreflex der Gemeindeseiten stärkt.
- Das Kriens Info soll weiterhin allen Haushalten kostenlos zugestellt werden.
- Die Brunner AG produziert die restlichen Seiten ebenfalls nach einem überarbeiteten Konzept: Die fixen Seiten der Gemeinde führen dazu, dass das finanzielle Risiko grösstenteils von der Brunner AG übernommen wird. Die Brunner AG koordiniert ebenfalls die Vereins- und Parteibeiträge sowie das „Panorama“ und erledigt alles Weitere.
- Die Anzeigenakquisition, Administration und das Inkasso des Inseratgeschäfts werden komplett durch die Brunner AG in eigener Verantwortung und Kompetenz abgewickelt. Das Risiko für das Inseratgeschäft trägt die Brunner AG.

Der Einwohnerrat kann unschwer feststellen, dass das Gemeinschaftsprodukt sehr viele Aspekte berücksichtigen muss, so auch den Spagat zwischen einer Plattform, welche möglichst allen mit ganz verschiedenen Bedürfnissen zur Verfügung steht und die Kostenverteilung.

Der Gemeinderat hat den Vertrag unterzeichnet. Dieser tritt per 1. Januar 2006 in Kraft und ist vorerst für ein Jahr abgeschlossen worden. Anschliessend ist wieder eine Zusammenarbeit für die nächsten zwei Jahre vorgesehen.

Der Gemeinderat bezeichnet alle Beteiligten als „Winner“:

- Das Gewerbe und die Wirtschaft haben die Möglichkeit, weiterhin Inserate zielgerichtet und ohne Preisanstieg zu platzieren.
- Die Vereine und Parteien besitzen nach wie vor einen definierten Platz für kostenlose Informationsmöglichkeiten und erhalten sogar noch zusätzliche Gefässe (dazu später).
- Die Brunner AG kann mit dem Kriens Info ein Imageprodukt vertreiben, das zudem Arbeitsplätze sichert und ihr die Möglichkeit gibt, ihre Kompetenzen zu präsentieren.
- Und schliesslich die Gemeinde, die ein beliebtes Informations- und Kommunikationsblatt zu einem sehr moderaten Preis gewährleisten kann.

Aufgrund des Anspruchs der Gemeinde für klar definierte Seitenumfänge musste auch die Seitenzahl für die restlichen Beiträge neu definiert werden. Da die Inseratkosten die Herstellungskosten decken müssen, kann die kostenlose Inanspruchnahme von Seiten nicht ohne Begrenzung stattfinden. Zudem soll der Platz auch einigermaßen gerecht verteilt werden. Die Sprecherin kommt nun zu den Aussagen des Postulats:

Das Kriens Info ist das offizielle Mitteilungsblatt der Gemeinde. Es ist jedoch viel mehr, es ist auch eine Plattform für zahlreiche Krienser Vereine und Parteien sowie ein idealer Werbeträger für Gewerbe und Wirtschaft und bleibt dies nach wie vor. Die Steuergelder werden eingesetzt, um alle Haushalte kostenlos zu beliefern. Gerade weil die politische und kulturelle Vielfalt in Kriens sehr gross ist und alle die Möglichkeit erhalten sollen, sich kostenlos zu äussern, muss eine Beschränkung möglich sein. Eine Beschränkung auf eine bestimmte Anzahl Zeichen - die heute bereits Gültigkeit hat - ist zumutbar.

Aufgrund der fixen Seitenzahlen für die Gemeinde - was viele Vorteile mit sich bringt - beschränkt sich diese nun auf 12 Seiten. Dabei kann der Platz jedoch lesefreundlicher gestaltet werden.

Die Plattform für die Vereine und Parteien verschiebt sich: Das eigentliche Platzangebot in der „Infothek“ wird auf 600 Zeichen beschränkt. Aufgrund der Zeichenbeanspruchung in den vergangenen Nummern des Kriens Infos kann davon ausgegangen werden, dass 90 % der Vereine mit dieser Beschränkung problemlos umgehen können. Dazu liegen zwei Papiere auf den Pulten der Einwohnerräte. Eines zeigt die Vereinsbeiträge mit Logo, eines ohne Logo. Zu beachten ist auch, dass regelmässig zwischen 70 und 80 Vereine und Gruppierungen ihre Beiträge platzieren.

Für die Parteien mögen 600 Zeichen eine grössere Beschränkung darstellen. In den letzten Jahren bzw. Monaten haben die Beiträge der Parteien markant zugenommen. Auch hier meint der Gemeinderat, dass eine Beschränkung vertretbar und ausprobierbar ist.

Erweitert wird das „Panorama“. Was heute knapp eine halbe bis eine Seite beinhaltet, wird auf bis zu drei Seiten ausgedehnt. Die Vereine und Parteien haben die Möglichkeit, für die Krienser Bevölkerung besonders interessante Beiträge zu veröffentlichen und auch mit Bildern zu illustrieren. Wenn im kommenden Jahr Samuel Schmid die SVP Kriens besuchen sollte, ist

dort Platz und Raum, darauf aufmerksam zu machen oder eine Reportage darüber zu publizieren. Wenn der Turnverein die schnellste Krienserin ehrt oder der Fasnachtsumzug der Gallizunft besonders schön ist, dann findet dies Platz im „Panorama“.

Eine weitere Neuerung mit besonderem Service ist der „Bazar“. Die Kleinanzeigen werden nicht mehr in gedruckter Form erscheinen, sondern online. Dies wird bereits heute rege benutzt. Während jeweils 30 Tagen stehen die Anzeigen für die Leser und Leserinnen zur Verfügung.

Ein Vergleich mit den Mitteilungsblättern der umliegenden Gemeinden ergibt übrigens, dass weder in Littau, Emmen, Malterz noch Schwarzenberg die Parteien im offiziellen Mitteilungsblatt Aufnahme finden. Eine Ausnahme bildet da der Blickpunkt von Horw. Zudem sind in allen Gemeindeblättern die Inserat-Teile markant kleiner und die Kosten für die Gemeinde um ein Vielfaches höher.

Zudem kann festgestellt werden, dass das Kriens Info als Gemeinschaftswerk in Finanzierungs- und Produktionspartnerschaft zwischen der Gemeinde, der Brunner AG und den Inserenten ein sehr labiles Gleichgewicht hat, das nur in beschränkter Masse ausgereizt werden kann. Der Gemeinderat ist davon überzeugt, mit dem neuen Vertrag die Möglichkeiten aller nicht überstrapaziert zu haben. Die Sprecherin möchte deshalb eine Frage in den Raum stellen: Sollen eigentlich Gewohnheitsrechte immer geltend gemacht und so Veränderungsprozesse verunmöglicht werden? Eine bedingungslose, kostenlose Platzbeanspruchung durch die Vereine und Parteien würde entweder zu Lasten von hohen Inseratkosten oder aus einer zusätzlichen Belastung des Gemeindebudgets erfolgen.

Der Gemeinderat bedauert insbesondere, dass mit diesem Postulat der Fokus sehr einseitig auf die angekündigte Beschränkung, nicht aber auf die zusätzlichen Möglichkeiten ausgerichtet wird. Gerade aus Sicht und Bestreben für eine kulturelle Vielfalt in der Gemeinde Kriens und damit im Kriens Info, beantragt er dem Einwohnerrat, das Postulat abzulehnen und das Kriens Info mit den neuen Gefässen zuerst zu beurteilen und erste Erfahrungen zu sammeln.

Bruno Bienz namens der SP/GB-Fraktion erachtet einen Teil dieser Neuerungen auch als einen klaren Leistungsabbau. Aber das ist eine der vielen Konsequenzen der Sparhysterie. Im Sinne des von der SVP versendeten Mails an die Krienser Vereine sollte es eigentlich heissen: „Krienser Vereine - aufgepasst! Das haben euch die bürgerlichen Parteien eingebrockt!“.

Vom Gemeinderat wird immer wieder verlangt, Kosten zu senken und das Budget einzuhalten. In diesem Fall hat er seine Aufgaben sicher gemacht. Die Kosten des Kriens Infos sind in den letzten Jahren aus dem Rahmen gefallen. Im Jahr 2004 wurden dafür Fr. 15'000.-- budgetiert, die tatsächlichen Kosten betragen Fr. 61'953.--. Auch im Jahr 2005 wird es wieder grosse Mehrkosten generieren. Deshalb ist es richtig, Massnahmen zu ergreifen. Unbestritten ist auch, dass das Kriens Info eine Auffrischung vertragen kann.

An diesem Postulat stört die SP/GB-Fraktion der Titel. Dieser entspricht klar nicht den Tatsachen. Die kulturelle und politische Vielfalt wird sicher nicht eingeschränkt. Der Panoramateil mit mehr Informationen aus dem gesellschaftlichen und kulturellen Leben von Kriens wird sogar ausgebaut. Da haben die Vereine die Möglichkeit, interessante Beiträge zu veröffentlichen. Aus Sicht der Fraktion ist es aber sehr problematisch, dass auch die Parteien stark eingeschränkt werden. Diese haben einen Meinungsauftrag. Diesen zu erfüllen, wird mit 600 Zeichen pro Ausgabe sehr schwierig. Da stellt sich die Frage, ob die Gemeinde nicht zu fest „eingefahren“ ist.

Die SP/GB-Fraktion ist der Meinung, dass bis Mitte Juni eine Prüfphase gelten soll und nachher im Rat allenfalls nochmals über Pro und Contra verhandelt werden kann. Die Gemeinde kann dann mit dem Brunner Verlag neu verhandeln und allenfalls Anpassungen vornehmen.

In diesem Sinne hat die SP/GB-Fraktion Zustimmung zum Postulat beschlossen, weil den Parteien zu wenig Platz eingeräumt wird. Die SP/GB-Fraktion distanziert sich aber klar von der Begründung des Postulats.

Matthias Senn namens der FDP-Fraktion ist für die Überweisung des Postulats. Kriens Info ist das wichtigste und meistgelesene Medium für Informationen in und aus Kriens. Vereine und Organisationen schätzen die Dienstleistung der Gemeinde, Kurznachrichten präsentieren zu können. Die Neuerungen für das 2006 klingen vielversprechend, man darf sich darauf freuen.

Die FDP-Fraktion hat Verständnis dafür, wenn der Gemeinderat die max. Zeichenzahl beschränken will. 600 Zeichen erachtet sie aber als zu grosse Einschränkung. Bisher galten 700 Zeichen als empfohlener Richtwert.

Die FDP-Fraktion bittet den Gemeinderat auch um Flexibilität, wenn zwei Sektionen eines Vereins gleichzeitig einen Artikel eingeben. Der Sprecher denkt dabei z.B. an den Satus Kriens und die Unihockey-Sektion, das Theater Kriens und das Jugendtheater oder die FDP und die Senioren und Seniorinnen FDP.

Peter Mattmann ist erfreut, dass sich bereits zwei Fraktionen gegen die Platzeinschränkung ausgesprochen haben. Der CHance 21 geht es auch um diese Problematik und nicht um die Neuregelung des Gesamtkonzepts, welche nicht bestritten wird. Aber sie ist dagegen, dass den Parteien die zur Verfügung gestellten Zeichen um die Hälfte gekürzt werden.

Nach Ansicht des Sprechers ist es nicht richtig, wenn die Parteien gleich behandelt werden wie die Vereine. Der demokratiepolitische Aspekt muss beachtet werden. Es ist sehr wichtig, dass die Parteien ihre Meinungen kundtun und in diesem Recht nicht beschnitten werden. Deshalb geht die Beschränkung in die komplett falsche Richtung.

Der Sprecher hat grob ausgerechnet, wie hoch die Kosten für die CHance 21 sein würden, wenn diese im gleichen Umfang wie bisher publizieren möchte. Sie müsste etwa Fr. 1'000.-- bis Fr. 2'000.-- bezahlen.

Das Kriens Info ist ein wichtiges Instrument für die Demokratie. Der Sprecher bittet den Gemeinderat, dieses nicht zu zerstören.

Patrick Koch bittet die Anwesenden, die verteilten Blätter in die Hand zu nehmen. Das darauf aufgeführte Inserat der Theatergruppe Sofa beinhaltet 600 Zeichen, somit genau die neue Zeichenzahl. Der Beitrag umfasst gerade mal 10 Zeilen. Dies ist sehr kurz. Der Sprecher fragt sich, ob man sich somit neu in Stichworte fassen muss. Auch ist dem Sprecher bekannt, dass bei der letzten Redaktionssitzung ein Beitrag einer Krienser Musik - bei der sein Bruder mitspielt - gestrichen wurde, da dieser zu viele Zeichen umfasste.

Peter Schönenberger namens der CVP/JCVP-Fraktion begrüsst eine übersichtliche Ordnung und budgettreuere Auslegung des Kriens Info. Die enge Budgetvorgabe zeigt ihre schmerzenden Auswirkungen. Ein offizielles Mitteilungsblatt für einen Franken pro Einwohner und Jahr ist tatsächlich eine sehr, sehr straffe Budgetvorgabe. Dabei ist es offenbar auch notwendig,

dass sich Parteien, Vereine und Institutionen im Umfang ihrer Beiträge auf ein festgesetztes Mass beschränken.

600 Zeichen sind für Parteien eine sehr enge Vorgabe. Damit ist es nur noch schlecht oder bruchstückhaft möglich, eine Meinung zu einem aktuellen Thema verständlich darzustellen. So leidet das wichtige Forum im Kriens Info empfindlich unter dieser Vorgabe. Der bisherige Umfang der Parteiennachrichten kostet mit der neuen Regelung ca. Fr. 200.-- pro Monat, was nach den gekürzten Parteibeiträgen ein verträgliches Mass übersteigt. Gerne hätte sich deshalb die CVP/JCVP-Fraktion als Anerkennung für die politische Arbeit der Parteien einen nicht so minimalen Umfang und die Integration der Parteiennachrichten mit einer höheren Limitierung in den offiziellen Gemeindeteil gewünscht.

Die Argumente der Gemeindepräsidentin stechen. Der Einwohnerrat hat ja gesagt zum Sparkurs. Trotzdem bittet die CVP/JCVP-Fraktion den Gemeinderat - eventuell nach einer Versuchsphase - ihr Anliegen zu überdenken. Die CVP/JCVP-Fraktion unterstützt das Postulat mehrheitlich.

Helene Meyer möchte aufgrund des Votums vom Peter Mattmann festhalten, dass bei einer Senkung von 700 auf 600 Zeichen nicht davon gesprochen werden kann, dass der zur Verfügung gestellte Platz um die Hälfte gekürzt wird. Bisher wurden jedoch die geltenden 700 Zeichen nicht immer konsequent eingefordert. Es gab Kürzungen, diese kamen von der Brunner AG. Im Kriens Info bildet sich ein labiles Zusammenkommen zwischen den Inseraten, die bezahlt werden und den Beiträgen, die nicht bezahlt werden.

Auch fragt sich die Sprecherin, was Peter Mattmann mit seiner Aussage „Der Gemeinderat gehe in die komplett falsche Richtung“ meint. Sie möchte vom Einwohnerrat wissen, was den eigentlich vom Gemeinderat gefordert ist. Soll er nicht kostenbewusst sein? Wie stellt sich der Einwohnerrat die richtige Richtung vor? Auch wird vergessen, dass zwar eine Leistungsbeschränkung besteht, gleichzeitig erfolgt aber ein Ausbau. Offen lässt die Sprecherin die Frage, ob die Parteien eine andere Plattform brauchen als die Vereine.

Die Sprecherin möchte auch wissen, wie sich der Einwohnerrat die Erfüllung des Postulats vorstellt, denn es wurde ein Vertrag unterzeichnet. Im Budget ist ein Betrag von Fr. 25'000.-- aufgenommen. Wer bezahlt die anfallenden Kosten, wenn eine Erweiterung erfolgen muss? Wenn das Postulat überwiesen wird - was sich aufzeigt - kann der Vertrag nicht rückgängig gemacht werden. Dieser ist erst auf Ende Juni für das neue Jahr kündbar.

Die einen wollen nur bei den Parteien einen Ausbau, die anderen auch bei den Vereinen. Welche Meinung herrscht vor? Zu Patrick Koch möchte die Sprecherin festhalten, dass 90 % der Vereinsbeiträge mit den 600 Zeichen zurechtkommen. Die meisten Beiträge könnten auch ohne inhaltlichen Verlust gekürzt werden. Bei den Parteien ist dies sicher nicht so einfach und eine andere Sache. Vor einer Überweisung muss aber erst die Frage geklärt sein, wer die entstehenden Kosten übernimmt.

Peter Mattmann hält an seiner Aussage fest, dass die Beschränkung eine Halbierung der jetzigen Grenze darstellt. Bisher waren es nämlich 1'400 Zeichen. Neu wird sich die Frage stellen, ob man Fr. 1'000.-- bis Fr. 2'000.-- ausgeben kann.

Für den Sprecher ist das Hauptanliegen, dass die Parteien nicht eingeschränkt werden. Er denkt, dies ist auch die mehrheitliche Meinung des Rates. Die Hierarchien müssen beachtet werden. Die Beiträge der Parteien sind politische Informationen. Werden diese beschnitten, macht man die Qualität des Mitteilungsblattes kaputt. Wenn die Gewährung im bisherigen

Umfang etwas kostet, soll z.B. die Panoramaseite gekürzt werden. Oder mittels eines Zusatzvertrags mit Brunner AG ein anderer Weg gefunden werden.

Peter Schönenberger hält fest, dass ausser Patrick Koch alle Sprecher klar darauf hingewiesen haben, dass es ihnen um die Parteibeiträge geht. Hier diskutiert man die Überweisung eines Postulates. Die Kompetenz liegt letztendlich beim Gemeinderat. Es ist keinesfalls die Meinung, dass der Vertrag mit der Brunner AG per sofort gekündigt werden soll. Aber der Spielraum der Parteien soll überdacht und allenfalls angepasst werden.

Stefan Meyer möchte zum besseren Verständnis festhalten, dass nur die Infothek auf 600 Zeichen beschränkt wird. Im „Panorama“ können sich die Parteien und auch die Vereine darstellen. Dies ist ebenfalls kostenlos.

Für Martin Heiz ist es nicht das Problem des Parlaments, sondern des Gemeinderates, wenn dieser bereits einen Vertrag unterzeichnet hat. Dem Sprecher ist die Gleichbehandlung wichtig. Neu wird es aber so sein, dass der, der Geld hat, machen kann, was er will. Gewisse werden das ausnützen, andere werden es nicht ausnützen können.

Wenn man heute das Kriens Info aufschlägt, sind die ersten Seiten diejenigen der Parteien. Diese sind spannend zu lesen. Das politische Geschehen wird gut umschrieben. Es wäre schade, wenn die Parteien nur noch zwei oder drei Wörter verlieren könnten. Der Sprecher erinnert sich daran, wie sich die SVP am Anfang ihren Platz im Kriens Info schwer erkämpfen musste. Nun wäre man auf einem gutem Weg gewesen.

Sicherlich ist die Brunner AG auch froh, wenn die Parteien bei den nächsten Gemeinderatswahlen ihre Inserate eingeben. Man muss deshalb abwägen, was wichtig ist und die Sache im Ganzen betrachten.

Markus Hadorn will einen Beitrag zum Abschluss der Diskussion leisten. Wie Peter Schönenberger bereits erwähnt hat - vielleicht ein wenig zu unbestimmt - ist der vorliegende Vorstoss lediglich ein Postulat. Die Kompetenz liegt beim Gemeinderat. Der Postulatstext ist keine Forderung, sondern eine Bitte. Diese kann der Gemeinderat erfüllen oder nicht und zu gegebener Zeit dem Rat einen Vorschlag unterbreiten.

Helene Meyer nimmt Bezug auf das Votum von Peter Mattmann. Das „Panorama“ ist ein sehr wichtiges Gefäss. Fast monatlich treffen bei der Gemeinde Anfragen von Vereinen ein, die einen Event etc. publizieren möchten. Die Gemeinde antwortet dann, dass es keine Vermischung zwischen Gemeindebeiträgen und Vereinspublikationen gibt. Zu nennen wären hier beispielsweise der Samichlaus-Umzug oder das Schwingfest, welche nicht auf die Gemeindeseiten gehören. Dort bittet das „Panorama“ die ideale Plattform. Wenn man dieses weglässt, vergibt man sich viel.

Wie Markus Hadorn bereits festgestellt hat, wird sich der Gemeinderat bei der Überweisung des Postulats seine Kompetenzen herausnehmen. Er hat den Vertrag bereits unterzeichnet. Er verteidigt heute ein kostenbewusstes Unternehmen, was gerade sonst immer von der SVP gefordert wird. Eine Platzausweitung wird sich unumgänglich auf das Budget auswirken.

Simon Konrad gratuliert dem Gemeinderat und der Brunner AG. Das Kriens Info ist nicht für die politischen Parteien gemacht, sondern für die Gemeinde selbst und für die Vereine. Ins-

besondere das neu gestaltete „Panorama“ entspricht den heutigen Bedürfnissen. Der Sprecher selbst liest die Beiträge, die ihn interessieren, wie diejenigen der FDP und der Gallizunft. Leider kann Herr Kirschbaum ihm nicht sagen, welche Beiträge am meisten gelesen werden.

Pia Zeder erachtet das Panorama, welches eingehend von Helene Meyer umschrieben wurde, als sinnvolles Gefäss. Dieses umfasst aber nur einen Teil, nämlich den der Events. Heute werden aber über meinungsbildende und demokratische Mittel diskutiert. Das Kriens Info ist ein wichtiges Kommunikationsorgan, nicht nur für die Gemeinde, sondern auch für die Parteien. Zu Simon Konrad möchte die Sprecherin noch festhalten, dass sie die Beiträge aller Parteien liest.

Werner Baumgartner schliesst sich der Meinung von Pia Zeder an. Es ist ein Unterschied, ob man als Partei oder Verein auftritt. Politik betrifft die ganze Gemeinde. Diese ist eine dauernde Debatte. Gerade in der heutigen Zeit, wo es immer schwieriger wird, Politik zu „verkaufen“, ist es schade, die Beiträge zu verkleinern. Das „Panorama“ bietet hier keinen Ersatz. Die Parteien möchten gerne jeden Monat ihre Ansichten vertreten können und nicht nur einmal alle paar Monate. Diese Forderung umzusetzen wäre ein kleiner, machbarer Sprung – auch finanziell.

Der Vorsitzende fragt an, ob noch weitere Personen das Wort verlangen.

Räto Camenisch ersucht den Gemeinderat, die heute gehörten Voten so entgegenzunehmen und zu überprüfen, ob die gewünschten Änderungen gemacht werden können. Falls dies nicht möglich sein sollte, hat die SVP bereits Übung in „holzschnittartigen“ und kurzen Schlagworten.

Der Vorsitzende stellt fest, dass das Wort nicht weiter verlangt wird. Er lässt abstimmen:

Abstimmung

Mit 21:3 Stimmen wird das Postulat überwiesen.

7. Motion Hadorn und MitunterzeichnerInnen: Umsetzung der Leitsätze und Massnahmen des Integrationsleitbildes des Kantons Luzern Nr. 041/05

Für Markus Hadorn umschreibt Integration nach sozialpolitischem Verständnis einen Prozess, in welchem bisher aussenstehende Personen oder Gruppen zugehörige Glieder einer grösseren sozialen Gesellschaft werden sollen. Es handelt sich dabei nicht nur um eine reine Anpassung an ein bereits bestehendes „Ganzes“, sondern um die Schaffung eines neuen Ganzen unter Einbringung der Werte und Kultur der aussenstehenden Gruppe in die neue Gesellschaft. Der Erhalt einer eigenen Identität darf in diesem Prozess beiderseits nicht verloren gehen.

Auf jeden Fall ist Integration gleich Beziehungsarbeit. Für echte und Gewinn bringende Beziehungsarbeit braucht es Menschen, Menschen, die gewillt sind, trotz objektiven und vermeintlichen kulturellen Unterschieden miteinander zu kommunizieren. Es braucht Menschen, die gegenseitig eine Ebene erreicht haben, auf der Kommunikation überhaupt erst möglich ist. Integration funktioniert also erst auf der Basis von Vertrauen erfolgreich. Vertrauen können nur Menschen herstellen.

Der Kanton hat in dieser Thematik vorgedacht und es liegt seit einigen Jahren ein kantonales Integrationsleitbild mit 12 Leitsätzen vor. Die Motionäre sind der Meinung, dass das offizielle Kriens in der Integrationsthematik konkret werden muss. Muss deshalb, weil man ja lieber vorher schlau sein will, als nachher. Diese Motion will, dass der Gemeinderat dem Einwohnerat Vorschläge unterbreitet, wie die erwähnten Leitsätze in Kriens umgesetzt werden sollen. Die begründete Erkenntnis, dass ein Leitsatz für Kriens momentan noch nicht relevant ist und deshalb zurückgestellt werden kann, könnte auch als Vorschlag interpretiert werden. Die Motion will aber ein klares Bekenntnis vom Gemeinderat, dass es ihm mit der Umsetzung des kantonalen Leitbildes ernst ist.

Integration macht Sinn. Sie schafft zwischenmenschlich eine lebenswerte Atmosphäre in jeder Lebensgemeinschaft. Denn wer dazugehört, wird kooperativer. Vergessen darf man nicht, dass auch Migrantinnen und Migranten den Einheimischen etwas zu bieten haben. Integration ist aber hauptsächlich als griffigste Massnahme gegen Diskriminierung zu interpretieren. Nicht diskriminiert zu werden ist ein in der Bundesverfassung verbrieftes Grundrecht. Integration verhindert Rassismus. Rassismus darf nicht sein, in keiner Form!

Die Gesellschaft ist multikulturell geworden. Die einen beklagen dies, die anderen sehen darin Chancen. Egal wie, Multikulturalität ist heute eine Tatsache. In der multikulturellen Gesellschaft gibt es ernst zu nehmende Gefälle in der Bildung, der Gesundheit, den Berufschancen, dem Einkommen, im Frau- und Mann-Sein etc. Diese Gefälle und vor allem ihre Folgen führen zu Konflikten und zu hohen Kosten (siehe Frankreich, Belgien, Deutschland in den vergangenen Wochen). Es lohnt sich also auf jeden Fall, den Tatsachen ins Auge zu sehen und entsprechend präventiv zu handeln. Die Voraussetzungen in Kriens, genau dies zu tun, sehen nämlich sehr gut aus. Es ist nicht die Meinung der Motionäre, dass der Gemeinderat nun eine teure Arbeitsgruppe oder gar eine gemeinderätliche Kommission einsetzen muss, die dann mühsam und aus gewisser Realitätsferne mögliche Massnahmen suchen und zusammenstellen muss. Auch ist es nicht ihre Meinung, dass Leitsatz für Leitsatz durchgearbeitet und abgehakt werden muss.

In Kriens gibt es bereits eine Art „Kompetenzzentrum“ für Integrationsfragen. Der Verein Migration-Kriens integriert. Es wurden bereits zwei Projekte realisiert. In diesem Verein sind Menschen in Freiwilligenarbeit aktiv. Sie haben sich innerhalb eines Permanentprozesses so zusammengefunden, dass sie mittlerweile eine gemeinsame Kommunikationsebene erreicht haben auf der vertrauensvolle Zusammenarbeit möglich ist. Dieser Verein hat dem Gemeinderat bereits ein klares Angebot in Sachen Zusammenarbeit in der Integrationsthematik gemacht. Er will spürbar mitarbeiten. Er muss aber auch auf den Rückhalt der Behörden zählen können.

Mit diesem Verein verfügt Kriens über eine gewaltige Ressource. Der Verein alleine reicht aber nicht. Deswegen braucht es auch Personen aus der Politik. Letztlich ist es die Kompetenz des Gemeinderats, wie er die vorhandenen Ressourcen nutzen will, um der Motionsforderung nachzukommen. Vor allem braucht man ein klares Signal seitens der Behörde, welches aufzeigt, dass sie auf der Basis der vorliegenden Motion selber auch aktiv werden will, weil sie die Wichtigkeit der Integrationsthematik erkannt hat.

Warum soll dieser Vorstoss - wenn doch schon an der Integration gearbeitet wird - überwiesen werden? Warum als Motion und nicht als Postulat? Man kann nicht dauernd nach Selbstver-

antwortung rufen und dann, wenn sie in derart zentralen Aspekten des Zusammenlebens in der Gemeinde wahrgenommen wird, sich vornehm zurückhalten. Dem Einwohnerrat ist bekannt, was mit einem Postulat geschieht: Der Gemeinderat kann... er kann es aber auch sein lassen.

Der Sprecher bittet den Einwohnerrat, heute ein verbindliches Zeichen zu setzen: Einerseits der Wichtigkeit der Thematik zuliebe, andererseits gegenüber der Wertschätzung der Arbeit des erwähnten Vereins.

Peter Prinz hält einleitend fest, dass es sich hier um eine anspruchsvolle Motion handelt, genau so wie das Thema Integration etwas Anspruchsvolles ist. Beim vorhergehenden Postulat und bei dieser Motion handelt es sich um zwei ganz unterschiedliche Themen. Doch eines haben sie gemeinsam - die kulturelle Vielfalt.

Die Ausländer und Ausländerinnen, ob eingebürgert oder nicht, sind da. Integration findet täglich am Arbeitsplatz, in der Schule, im Verein, in der Nachbarschaft statt. Integration beruht auf dem Willen der Beteiligten und ist ein langfristiger Prozess. Die Gemeinde kann dabei Hilfe und Unterstützung anbieten und die Teilnahme der Ausländerinnen und Ausländer am öffentlichen Leben fördern.

Bezüglich Integrationsbemühungen seitens der Gemeinde sieht es im Moment so aus: Nebst dem schulischen Bereich mit dem Deutsch für Fremdsprachige hat die Gemeinde Kriens eine Leistungsvereinbarung mit der FABIA, der Fachstelle für die Beratung und Integration von Ausländerinnen und Ausländern, abgeschlossen. Im Weiteren nimmt die Gemeinde Kriens an den Integrationskonferenzen mit der Stadt Luzern und den umliegenden Gemeinden teil. Bei zwei spezifische Krienser Integrationsprojekten ist man involviert und diese werden direkt unterstützt - "Deutsch für Immigranten und Immigrantinnen" und die "Begleitgruppe für Fremde in Kriens". Es gibt über 90 Teilnehmer und viele freiwillige Helfer und Helferinnen.

Beim Kanton gibt es einen Integrationsbeauftragten und die Stadt Luzern hat eine Integrationsbeauftragte. Eine solche Stelle kann sich Kriens aus finanziellen Gründen nicht leisten.

Für die Umsetzung des Leitbildes wird auch eine Kommission empfohlen. Hingegen ist man im Moment daran, einen entsprechenden Verein zu gründen - als Träger der zwei bestehenden Projekte und als Initiant für weitere Aktivitäten. Daran sind auch die Kirchen und Private beteiligt. Nebst den Vertretern der Gemeinde und der Kirchen sind auch Ausländerinnen und Ausländer sowie Eingebürgerte im Vorstand. Daraus soll sich ein Zusammenwirken von der Gemeinde, den Kirchen und von Privaten für ein - wie in den Statuten festgehaltenes - gelingendes multikulturelles Zusammenleben in Kriens ergeben. Mit dem Verein bekommen alle Projekte und Aktivitäten eine Struktur. Ausserdem können Gelder vom Bund und Kanton generiert werden.

Wie gesagt, Integration ist ein langer und oft auch mühsamer Prozess. Was man erreicht, ist kurzfristig nicht oder kaum messbar. Der Gemeinderat betrachtet die Motion als Dauerauftrag. Dieser Auftrag soll offen gestaltet werden. Der Gemeinderat kann dann vorschlagen, was man tun muss und was man tun will bzw. tun kann. Weil dieses Anliegen ein Dauerthema ist, sollte es nicht als Motion überwiesen werden. Am Besten geeignet ist die Form des Postulats.

Susanne Lanz hält fest, dass die Sozial- und Gesundheitskommission an ihre Sitzung Trudi Dinkelmann als Leiterin des Integrationsprojektes einlud. Diese informierte sehr ausführlich und eindrücklich über die Notwendigkeit der Integrationsarbeit. Sie betonte, wie wichtig es ist, dass die Integration auf die Zielgruppe zugeschnitten wird. Dazu braucht es Zeit, Freiraum und theoretisches Wissen über die Immigration.

Es hat sich über die letzten sieben Jahre gezeigt, dass der Wunsch der Frauen nach Kontakt mit Schweizern und Schweizerinnen gross ist und die Immigrantinnen dankbar für Infos sind. Sie werden als sehr lern- und wissbegierig erlebt. Die angebotenen Deutschkurse für bildungsferne Immigrantinnen haben gezeigt, dass durch den intensiven Kontakt mit den Kursleiterinnen eine wichtige Vertrauensbasis geschaffen werden konnte. So wurde z.B. aus dem ursprünglich mit drei Frauen gestarteten Kurs heute ein von über 90 Frauen besuchter Kurs. Dort lernen die Frauen die schweizerischen Regeln im sozialen Umgang und den Kontakt mit Schule und Arbeit. Dieses Wissen erleichtert wiederum dem Rest der Familie die Integration in der Schweiz.

Sowohl der Deutschkurs für bildungsferne Immigrationen als auch die Begleitgruppe für Fremde geniessen grosse Anerkennung in Fachkreisen. Es hat sich aber auch gezeigt, dass im Bereich der Männer und Kinder im Vorschulalter Handlungsbedarf besteht.

Das Projekt eines Dachvereins, dem alle Integrationsprojekte unterstehen, ist bereits im Entstehen. Es geht vor allem um eine Bestandesaufnahme der bereits realisierten Projekte und was es inskünftig noch brauchen wird. In der SGK haben vor allem die Umsetzung der Leitsätze des Kantons zu Diskussionen Anlass gegeben. Es wurde klar gesagt, dass es Aufgabe des Gemeinderates sei, aufzuzeigen, wie und welche Leitsätze umgesetzt werden müssen und was bereits auf Gemeindeebene gemacht wurde. Es soll nicht darum gehen, dass der Gemeinderat alle 12 Leitsätze neu definiert und umsetzen muss.

Bei der Abstimmung waren zwei Kommissionsmitglieder für die Überweisung als Motion, der Überweisung als Postulat wurde einstimmig zugestimmt.

Ursula Müller namens der CVP/JCVP-Fraktion erklärt, dass mit dem Leitbild und den Leitsätzen ein grundlegendes Instrument geschaffen wurde, um im Kanton, in den Gemeinden die wichtigsten Aufgaben und die bestehenden Probleme anzupacken und die Chancen zu nutzen. Aus dem Text kann man entnehmen, dass das Leitbild vorerst die Aufgabe hat, die Bewusstseinsbildung anzuregen und den Handlungsbedarf und die Handlungsrichtung aufzuzeigen. Das Leitbild hat auch Orientierungscharakter für Schulen, Organisationen, Kirchen, Parteien, Vereine etc. und soll für die heimische wie auch für die ausländische Bevölkerung sein.

Integration kann nicht staatlich organisiert und befohlen werden, sie muss von der ganzen Gesellschaft von allen Beteiligten gewollt werden. Die Erfahrungen aus der praktischen Arbeit in den Kursen zeigt: Eines der wichtigsten, wenn nicht das wichtigste Element ist, dass eine Vertrauensbasis geschaffen wird. Damit dies dauerhaft gelingt, braucht es eine grosse Offenheit von beiden Seiten.

Integration ist ein vielschichtiger, langfristiger und oft konfliktreicher Entwicklungsprozess, der Lernbereitschaft, Verständnis, Toleranz, Kompromissbereitschaft, Wille zur Kooperation und Eigenleistungen von allen Gliedern und Gruppen der Bevölkerung verlangt.

Die Motion schafft den Eindruck, dass bis dato in Kriens nur wenig in Richtung Integration gemacht wurde und wird. Die CVP/JCVP-Fraktion ist nicht dieser Meinung. Integration basiert auf kleinen Schritten. Mit der Gründung eines Dachvereins wird ein weiterer wichtiger Schritt in die richtige Richtung unternommen. Personen mit jahrelangen Erfahrungen bringen wertvolles Wissen und Arbeit/Mitarbeit ein und werden das Leitbild als Orientierungshilfe bzw. Wegweiser in ihren Entscheidungen und in ihre Arbeit einfließen lassen.

Die Motion verlangt, zu den 12 Leitsätzen Vorschläge zu unterbreiten. Dies geht zu weit. Liest man das sehr umfassende Leitbild, liegt es auf der Hand, dass die in der Motion verlangte Arbeit leicht ausufern und ein grosser Vorschlagskatalog entstehen könnte. Dazu kann die

offene Formulierung verleiten. Die bereits bestehenden Strukturen, als auch Verein, werden sicherlich nicht in heutigen Angeboten/Strukturen stehen bleiben, werden sich künftig verändern und weiteren Bedürfnissen anpassen. Der Verein wird sich weiterentwickeln. Die CVP/JCVP-Fraktion ist der Meinung, dass sich die Gemeinde bei künftigen Anliegen in der benötigten und geeigneten Weise einbringen und die Verantwortung in der Arbeit der Integration mittragen wird.

Die CVP/JCVP-Fraktion unterstützt das Anliegen, Vorschläge zu den Leitsätzen zu unterbreiten, nicht als Motion. In Form eines Postulates ist sie aber für die Überweisung.

Konrad Beutler nennt sich selbst einen Strassenarbeiter. Auf der Strasse ist ihm aber noch nie jemand begegnet, der am Ausdruck „multi-kulti“ Freude hat - weder Schweizer noch Ausländer. Dieser Begriff trifft wohl für einzelne Gruppierungen zu, aber untereinander will man nicht „multi-kulti“ werden, beispielsweise wollen die Albaner nichts mit den Serben zu tun haben etc.

Integrieren sollen sich nun nur diejenigen, denen das Land gehört. Das ist falsch. Die Schweiz bemüht sich, gibt Unterstützung, man gibt sich Mühe, den Ausländern das zu geben, was sie brauchen. Aber multikulturell will niemand sein.

Peter Mattmann spricht sich für die Überweisung als Motion aus, damit man dieses unglaublich komplexe Thema endlich diskutieren kann. Dies kann heute nicht erfolgen, da man dafür viel mehr Zeit benötigen würde.

Auf eine Frage möchte er trotzdem noch näher eingehen. Das Leitbild spricht nicht davon, dass man multikulturell sein soll. Es sagt, dass die Integration wichtig ist. Keinesfalls darf eine neue Kultur entstehen bzw. die Kultur in etwas völlig Neues umgewandelt werden. Dann wehren sich nämlich diejenigen, die seit Jahren hier sind - wie dies Konrad Beutler bestätigt hat. Es geht nicht darum, dass Ausländer und Ausländerinnen in die Schweiz kommen, das Schweizerbürgerrecht annehmen und ihre eigene Kultur verlieren. Der Begriff „multikulturelles Zusammenleben“ sollte deshalb aus den Statuten des Vereins herausgestrichen werden. Denn dies ist nicht im Leitbild enthalten und setzt der Integration nur Hindernisse. Der Sprecher möchte dies Peter Prinz mitgeben. Das Leitbild enthält interessante Aspekte, es gibt aber auch viele Sachen, die fehlen. Die Umsetzungsebene fällt mager aus. Die Gemeinde Kriens wird hier noch viele Überlegungen anstellen müssen.

Der Vorsitzender erinnert das Parlament an die Zeit bzw. den anschliessenden Termin und bittet die Sprecher, sich kurz zu fassen.

Räto Camenisch erklärt, dass die SVP das kantonale Leitbild immer abgelehnt hat. Es ist nicht Aufgabe des Kantons, hier Regelungen zu treffen. Dies führt zu einem überflüssigen Verwaltungsapparat. Eine neue Stelle wurde geschaffen: Wenn es nach der SVP ginge, würde diese als erste „dem Rotstift zum Opfer“ fallen.

In der Gemeinde ist dies anders. Hier muss ein Weg gefunden werden, weil die Ausländer und Ausländerinnen hier leben. Die Schilderungen von Markus Hadorn erinnern ihn an einen modernen Klassenkampf. Die Probleme müssen - nach reiflichem Überlegen - angegangen werden. Deshalb ist das Postulat die richtige Form.

Die Probleme in Frankreich wurden angesprochen. Diese wurden durch eine falsche Einwanderungspolitik geschaffen.

Es ist richtig, wenn sich ein privater Verein Gedanken macht und zeigt, wie diese Problematik angepackt werden kann. Es ist aber letzten Endes eine Holschuld derer, die sich integrieren wollen und nicht umgekehrt. Die Gemeinde soll - in einem vernünftigen Mass - eine Hilfeleistung erbringen. Dies soll der Gemeinderat durch die Überweisung als Postulat prüfen.

Susanne Lanz möchte nicht zum „Links-Rechts-Hickhack“ beitragen. Trotzdem möchte sie Konrad Beutler auf den Kulturkalender aufmerksam machen. Wenn er diesen näher betrachtet, zeigt sich, dass „multi-kulti“ sehr wohl funktionieren kann, beispielsweise in der Boa.

Markus Hadorn möchte die Emotionen nicht noch weiter hochschrauben. Trotzdem stellt er klar, dass er - nicht wie von der CVP/JCVP-Fraktion angetönt wurde - behauptet, dass zuwenig gemacht wird. Er hat in seinem Votum ausgeführt, dass gewaltige Ressourcen vorhanden sind. Tatsache ist auch, dass ein riesiger Vorschlagskatalog dadurch verhindert wird, dass Leute daran beteiligt sind, die wissen, wovon sie reden.

Zu Peter Mattmann möchte der Sprecher festhalten, dass „multi-kulti“ eine Frage der Wortinterpretation ist. Rein vom Wort her heisst dies viele Kulturen. Beispielsweise das Projekt Babel zeigt auf, wie dies funktionieren kann. Man muss nicht immer alles emotional deuten. Es ist eine Auslegungsfrage. Aber dies muss nicht heute diskutiert werden. Er ist auch zu einer Überweisung als Postulat bereit. Dies vor allem aufgrund des Votums von Peter Prinz, denn der Dauerauftrag ist ihm wichtig.

Peter Prinz möchte insbesondere zu Peter Mattmann festhalten, dass eine offene Formulierung des Auftrags gewählt werden soll. Einzelne Leitsätze können so diskutiert und Massnahmen betrachtet werden. Wenn sich zeigt, dass Handlungsbedarf besteht, kann der Verein Massnahmen initiieren und auslösen. Darüber würde dem Einwohnerrat jeweils Rechenschaft abgelegt. Der Einwohnerrat kann dann sagen, was er machen will bzw. kann. Deshalb sollte man das Anliegen als Postulat überweisen, auch damit dieses wieder auf dem Pendenzenverzeichnis erscheint.

Johanna Dalla Bona hätte ihr Votum namens der FDP-Fraktion gerne bereits vor den Einzelsprechern abgegeben, leider wurde ihre Wortmeldung aber nicht beachtet. Die Meinungen über Ausländer- und Integrationspolitik gehen in der Bevölkerung weit auseinander. Dem entsprechend sind auch die Erwartungen an ein Leitbild zur Ausländerpolitik ganz unterschiedlich. Die Einen verlangen von den Behörden, dass sie den Ausländern sagen, dass sie sich in der Schweiz anzupassen haben, die Anderen erwarten von einem Leitbild, dass die Schweizerbevölkerung zu mehr Offenheit und Toleranz gegenüber Ausländern aufgefordert wird.

Die heutige Situation mit einer immer durchmischteren Bevölkerung ist nicht einfach und sehr komplex. Es ist eine anspruchsvolle Aufgabe, die Situation im Interesse aller Betroffenen zu bewältigen. Der Kanton hat mit seinen Leitsätzen gewisse Rahmenbedingungen vorgegeben. Diese sind weder Gesetz noch Verordnung, sondern ein Instrument oder eine Richtschnur, wie die Aufgabe der Integrationspolitik in der Gemeinde erfüllt werden kann.

Die Leitsätze sind relativ verbindlich formuliert. Die FDP-Fraktion interessiert sich, wie die Gemeinde Kriens mit diesen Leitsätzen umgeht, welche Form der Integrationspolitik sie sich vorstellt. Die Fraktion interessiert auch, welche dieser Leitsätze eventuell bereits umgesetzt wurden. Von Trudi Dinkelmann hat man von Projekten mit Frauen gehört, Integrationsarbeit bei Kindern wird in der Schule gemacht, Integrationsprojekte mit Männern wären auch ein Thema. Die FDP-Fraktion möchte auch wissen, welche Leitsätze der Gemeinde Kriens vielleicht nicht so wichtig oder gar unwichtig erscheinen. Wie sieht die politische Gemeinde die

Zusammenarbeit mit den Kirchgemeinden, die sich als eine ihrer Aufgaben für die Integration einsetzen?

Die FDP-Fraktion unterstützt die Überweisung als Postulat, lehnt aber eine Überweisung als Motion ab und bittet den Gemeinderat, das Ganze zu prüfen und den Einwohnerrat über dieses Thema zu informieren.

Peter Mattmann möchte wissen, ob die Motion nun in ein Postulat umgewandelt wird? Falls dies der Fall sein sollte, beantragt er die Überweisung als Motion. Wenn das Anliegen nämlich als Postulat überwiesen wird, wird bei der Behandlung des Pendenzenverzeichnisses bestimmt die Diskussion auftauchen, ob das Postulat nicht abgeschrieben werden kann, da man im Verein dabei ist.

Der Vorsitzende fragt Markus Hadorn an, ob an der Motion festgehalten wird?

Markus Hadorn bejaht dies.

Pia Zeder möchte zum besseren Verständnis festhalten, dass es nun eine Motion ist, die vorliegt. Wird diese nur als Postulat überwiesen, soll der Gemeinderat prüfen, ob er Vorschläge unterbreitet.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, lässt der Vorsitzende abstimmen:

Abstimmung (Motion)

Mit 11:15 Stimmen wird die Motion abgelehnt.

Der Vorsitzende stellt fest, dass nun als Postulat über das Anliegen abgestimmt wird:

Abstimmung (Postulat)

Mit 25:0 Stimmen wird das Postulat überwiesen.

**8. Interpellation B. Bienz und Mitunterzeichnende: Kostentransparenz
in Sport- und Jugendförderung** **Nr. 058/05**

Dieses Geschäft wird zufolge fortgeschrittener Zeit abtraktandiert.

9. Interpellation Hager namens der SVP Fraktion: Verwaarloste und bettelnde Strassenmusikanten aus Osteuropa **Nr. 065/05**

Dieses Geschäft wird zufolge fortgeschrittener Zeit abtraktandiert.

10. Motion Heiz und Mitunterzeichnende: Effizientere Behandlung von Motionen, Postulaten und Petitionen **Nr. 066/05**

Dieses Geschäft wird zufolge fortgeschrittener Zeit abtraktandiert.

11. Fragestunde

Dieses Geschäft wird zufolge fortgeschrittener Zeit abtraktandiert.

Schluss

Der Vorsitzende erklärt, dass die übrigen Traktanden aus zeitlichen Gründen nicht mehr behandelt werden. Die Sitzung wird beendet, anschliessend trifft man sich im Schlössli. Er wünscht allen eine besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Start ins neue Jahr.

Die nächste Einwohnerratssitzung findet am 26. Januar 2006 statt. Der entsprechende Versand wird nicht wie geplant am 3. Januar, sondern am 6. Januar 2006 stattfinden.

Daniela Kiener möchte - nachdem es auf Ende des Jahres zugeht und man dann üblicherweise Wünsche frei hat - ein Anliegen anbringen. Während den vergangenen Sitzungen hat sie festgestellt, dass vom Einwohnerrat immer mehr Zeit benötigt wurde als budgetiert. Geschäfte mussten abtraktandiert und auf eine spätere Sitzung verschoben werden. Deshalb wünscht sie sich vom Ratsbüro oder der Sitzungsorganisation, je nach dem wer zuständig ist, dass die Zeit besser eingeteilt wird.

Der Vorsitzende nimmt dieses Anliegen gerne entgegen. Er schliesst die Sitzung um 18.55 Uhr.

Genehmigung durch das Büro des Einwohnerrates

Der Einwohnerratspräsident:

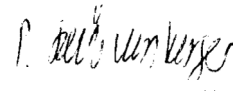


Robert Thalmann

Die Stimmenzähler:




Franz Baumann



Peter Schönenberger

Der Gemeindeschreiber:



Robert Lang

Die Protokollführerinnen:



Yvonne Rösli



Alexandra Renggli